



STOFFPLAN

**für die Ausbildung
zur Verwaltungswirtin/zum Verwaltungswirt
an der Zentralen Verwaltungsschule
Rheinland-Pfalz in Mayen
(Zugang zum zweiten Einstiegsamt
im Verwaltungsdienst)**

Inhalt

- I. Vorbemerkungen
- II. Abkürzungsverzeichnis
- III. Stoffverteilungsplan
- IV. Stoffgliederungsplan
- V. Ergänzender Stoffgliederungsplan Fach „Straßenrecht“
(Anhang)

Herausgeber: Zentrale Verwaltungsschule Rheinland-Pfalz in Mayen

II a. Stoffgebiete und Unterrichtsfächer mit Seitenangaben

ATR	Arbeits- und Tarifrecht	28 - 29
AVR	Allgemeines Verwaltungsrecht	8 - 12
BauR	Baurecht	58 - 60
BR	Beamtenrecht	24 - 27
EfA	Einführung in die Ausbildung	1 - 3
FinR	Finanzrecht	36 - 38
D/RW	Doppik/Rechnungswesen	54 - 57
GAR	Recht der Gefahrenabwehr <i>siehe auch GewR, POR,</i>	19 - 23
GewR	Gewerberecht	22 - 23
IK	Interaktion und Kommunikation	78 - 80
IT	Informations- und Kommunikationstechniken	70 - 73
KAR	Kommunales Abgabenrecht	49 - 53
KHR	Kommunales Haushaltsrecht	39 - 43
KomR	Kommunalrecht	13 - 18
MdR	Methodik der Rechtsanwendung	74 - 77
ÖDR	Recht des öffentlichen Dienstes <i>siehe auch ATR, BR, PVR</i>	24 - 31
ÖFWi	Öffentliche Finanzwirtschaft <i>siehe auch FinR, KAR, KHR, StHR / D/RW</i>	36 - 57
POR	Polizei- und Ordnungsrecht	19 - 21
PR	Privatrecht	61 - 65
PVR	Personalvertretungsrecht	30 - 31
SoSR	Recht der sozialen Sicherung	32 - 35
StHR	Staatliches Haushaltsrecht	44 - 48
StR	Straßenrecht	91 - 100
StVR	Staats- und Verfassungsrecht	4 - 7
VbL	Verwaltungsbetriebslehre <i>siehe auch IT, VwO</i>	66 - 73
VwO	Verwaltungsorganisation	66 - 69
Wahlpfl.	Wahlpflichtfächer	81 - 90
	Ergänzender Stoffplan Straßenrecht	91 - 102
Wahlpfl. StrR	Wahlfach Straßenrecht	101 - 102

I. Vorbemerkungen

Grundlage und Ziel

Der nachfolgende Stoffgliederungsplan beruht auf

- a) § 14 Abs. 1 der Landesverordnung über die Ausbildung und Prüfung für den Verwaltungsdienst (APOVwD-E2/3) vom 20. August 2012
- b) dem Stoffverteilungsplan (s. Seiten VII ff.).

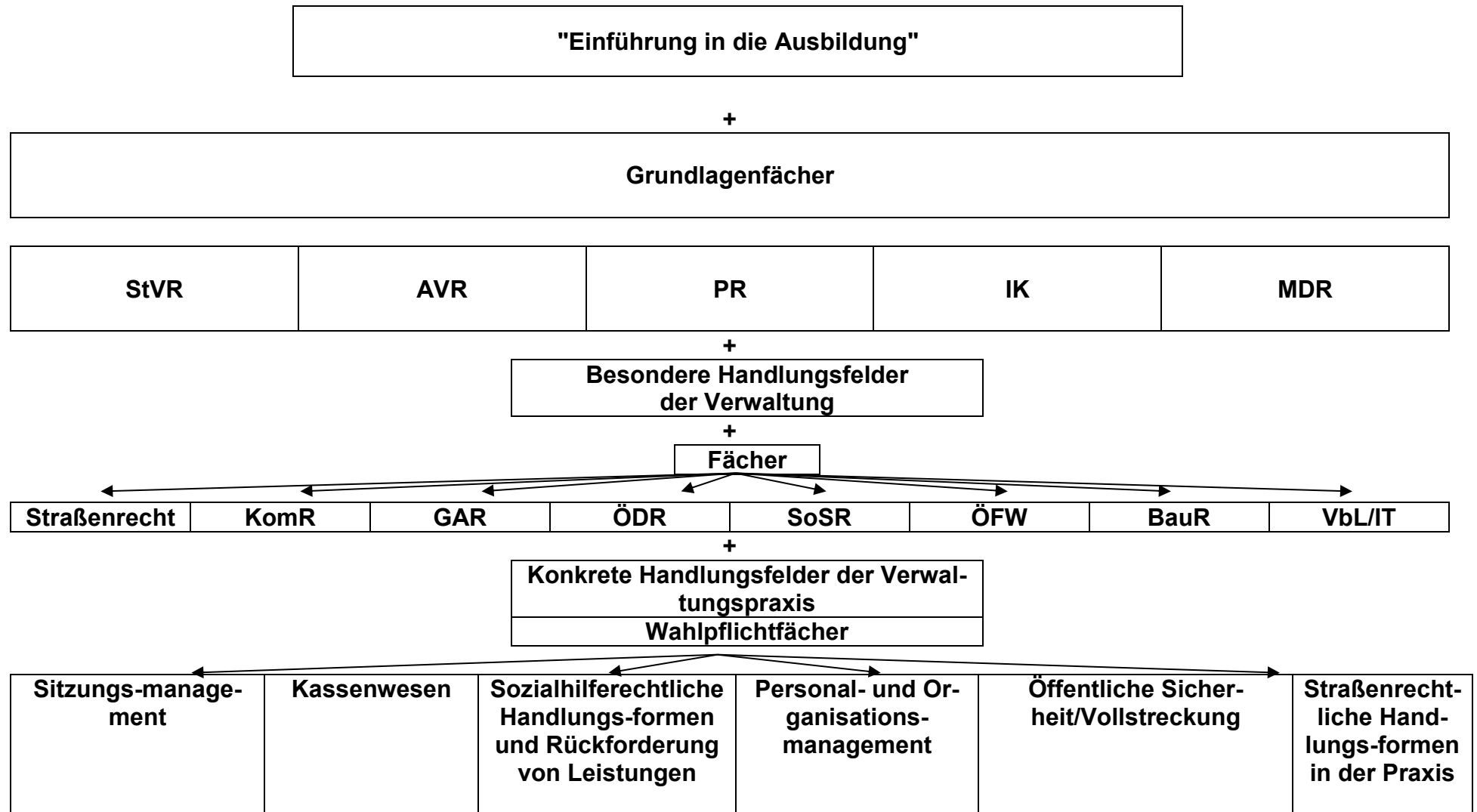
Nach § 2 APOVwD-E2/3 hat die theoretische Ausbildung der Anwärterinnen/Anwärter zum Ziel, ihnen die für den Zugang zum zweiten Einstiegsamt im Verwaltungsdienst erforderlichen theoretischen und berufspraktischen Fähigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln, die zur sachgemäßen Beurteilung und Bearbeitung der Aufgaben im zweiten Einstiegsamt des Verwaltungsdienstes notwendig sind. Neben den rechtlichen Kenntnissen sind auch verwaltungsbetriebswirtschaftliche Kenntnisse sowie die erforderlichen sozialen und kommunikativen Schlüsselqualifikationen Ausbildungsgegenstand. Der Unterricht soll auch das Verständnis für die rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen und Wirkungen des Verwaltungshandelns fördern.

Der Stoffplan ist an diesen Zielen ausgerichtet und unterscheidet – wie aus nachfolgender Fächerübersicht erkennbar – zwischen Grundlagenfächern, in denen Grundkompetenzen vermittelt werden und „Vertiefungsfächern“, die die Vielgestaltigkeit der Verwaltung in einem

bürgernahen Rechtsstaat verdeutlichen. Dementsprechend bilden die Grundlagenfächer und die durch sie erworbenen Grundkompetenzen den Hintergrund für die im Weiteren aufgeführten speziellen Fachgebiete sowie die im Abschlusslehrgang angebotenen Wahlpflichtfächer, die konkrete Handlungsfelder der Verwaltungspraxis behandeln. Letztere sind inhaltlich so konzipiert, dass sie sich als ersten Schritt hin auf die konkrete praktische Tätigkeit der Anwärtlerin und des Anwärters nach Prüfung und Einstellung verstehen. Von daher sollte auch die Wahl des jeweiligen Wahlpflichtfaches durch die jeweilige Anwärtlerin/ den jeweiligen Anwärter im Einvernehmen mit ihrer/seiner Ausbildungsstelle erfolgen.

Da das Wahlpflichtfach lediglich ein Prüfungsfach der mündlichen Prüfung ist, sollte die jeweilige Anwärtlerin und der jeweilige Anwärter in der Zeit zwischen schriftlicher und mündlicher Prüfung (ca. 6 Wochen) an seiner Ausbildungsstelle möglichst (auch) mit Themen aus dem gewählten Fachgebiet befasst werden.

Fächerübersicht



1. Aufbau

1.1 Allgemeines

Der Aufbau der Pläne beruht auf der Gliederung der theoretischen Ausbildung in den Einführungslehrgang (3 Monate), den Hauptlehrgang (4 Monate) und den Abschlusslehrgang (4 Monate).

1.2 Stoffverteilung auf die Lehrgänge

Der Stoffgliederungsplan ist nach Fächern und innerhalb der Fächer nach den drei Ausbildungsabschnitten aufgebaut.

1.3 Kenntnisarten

Der genauen Beschreibung des zu vermittelnden Stoffes dienen zusätzlich die angegebenen Kenntnisarten.

Die Kenntnisarten sind: Überblick (Ü), Grundkenntnisse (GK) und Nähere Kenntnisse (NK).

Die Vermittlung eines Überblicks (Ü) hat zum Ziel, dass die Anwärterinnen und Anwärter in groben Linien Begriff, Bedeutung und Inhalt des Lehrinhalts darstellen können und in der Lage sind, Fälle als mit dem jeweiligen Lehrinhalt in Verbindung stehend einzuordnen.

Die Vermittlung von Grundkenntnissen (GK) hat zum Ziel, dass die Anwärterinnen und Anwärter den genauen Begriff und die Struktur (typische Bestandteile, Gestaltungsprinzipien) des Lehrinhalts darstellen können und in der Lage sind, dieses Wissen auf Grundfälle anzuwenden.

Die Vermittlung von näheren Kenntnissen (NK) hat zum Ziel, dass die Anwärterinnen und Anwärter den genauen Begriff, die Struktur und diejenigen Einzelheiten des Lehrinhalts, die für die Beurteilung typischer Fälle entscheidend sind, darstellen können und in der Lage sind, dieses Wissen fallbezogen anzuwenden.

Bei einigen Lehrinhalten - etwa geschichtlichen Abrissen - lässt sich diese nähere Bestimmung der verwendeten drei Kenntnisarten nicht oder nur zum Teil anwenden. Insoweit ist dann eine sinngemäße Abstufung geboten.

II. Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgemeinschaft
AL	Abschlusslehrgang
ATR	Arbeits- und Tarifrecht
AVR	Allgemeines Verwaltungsrecht
BauR	Baurecht
BR	Beamtenrecht
D/RW	Doppik/Rechnungswesen
EfA	Einführung in die Ausbildung
EL	Einführungslehrgang
FinR	Finanzrecht
GAR	Recht der Gefahrenabwehr
GewR	Gewerberecht
GK	Grundkenntnisse
HL	Hauptlehrgang
IT	Informations- und Kommunikationstechniken
IK	Interaktion und Kommunikation
KAR	Kommunales Abgabenrecht
KFM	Kommunales Finanzmanagement
KomR	Kommunalrecht
MdR	Methodik der Rechtsanwendung
NK	Nähere Kenntnisse
ÖDR	Recht des öffentlichen Dienstes
ÖFWi	Öffentliche Finanzwirtschaft
POR	Polizei- und Ordnungsrecht
PR	Privatrecht
PVR	Personalvertretungsrecht
SoSR	Recht der sozialen Sicherung
StHR	Staatliches Haushaltsrecht
StR	Straßenrecht
StVR	Staats- und Verfassungsrecht
Ü	Überblick
UmwR	Umweltrecht
VbL	Verwaltungsbetriebslehre
VwO	Verwaltungsorganisation
ZVS	Zentrale Verwaltungsschule

III. Stoffverteilungsplan

Unterrichtsfach	Einführungs- lehrgang	Haupt- lehrgang	Abschluss- lehrgang	Unterrichts- stunden insgesamt
1. Einführung in die Ausbildung	18	-	-	18
2. Staats- und Verfassungsrecht	20	14	34	68
3. Allgemeines Verwaltungsrecht	46	26	20	92
4. Kommunalrecht	24	28	52	104
5. Recht der Gefahrenabwehr				
5.1 Polizei- und Ordnungsrecht	20	-	26	46
5.2 Gewerberecht	-	-	28	28
	20	-	54	74
6. Recht des öffentlichen Dienstes				
6.1 Beamtenrecht	28	28	-	56
6.2 Arbeits- und Tarifrecht	-	22	-	22
6.3 Personalvertretungsrecht	-	-	6	6
	28	50	6	84
7. Recht der sozialen Sicherung	22	28	38	88
8. Öffentliche Finanzwirtschaft				
8.1 Finanzrecht	-		24	24
8.2 Kommunales Haushaltsrecht	-	30	50	80
8.3 Staatliches Haushaltsrecht	12	22	10	44
8.4 Kommunales Abgabenrecht	-	26	28	54
8.5 Doppik/Rechnungswesen	36	-	-	36
	48	78	112	238

Unterrichtsfach	Einführungs- lehrgang	Haupt- lehrgang	Abschluss- lehrgang Jan.-April	Unterrichts- stunden insgesamt
9. Baurecht	-	44	-	44
10. Privatrecht	38	58	-	96
11. Verwaltungsbetriebslehre				
11.1 Verwaltungsorganisation	18	22	-	40
11.2 Informations- und Kommunikationstechniken	32	38	-	70
	50	60	-	110
12. Methodik der Rechtsanwendung	20	10	10	40
13. Interaktion und Kommunikation	18	-	20	38
Wahlpflichtfächer			30	30
14. Sitzungsmanagement				
15. Kassenwesen				
16. Sozialhilferechtliche Handlungsformen und Rückforderung von Leistungen				
17. Personal- und Organisationsmanagement				
18. Öffentliche Sicherheit/Vollstreckung				
19. Straßenrecht	22	28	38	88
20. Wahlpflichtfach straßenrechtliche Handlungsformen in der Praxis (nur für die Anwärter des Landesbetriebs Mobilität, ersetzt Wahlpflichtfach Nr. 16)				
Stoffvermittlung	352	396	376	1124

Unterrichtsfach	Einführungs- lehrgang Aug. – Okt.	Haupt- lehrgang März – Juni	Abschluss- lehrgang Jan.-April	Unterrichts- stunden insgesamt
Klausuren	12	48		60
Klausurenkurse	6	18		24
Personalausflug/Abschlussfeier	6	6		12
Exkursion		6		6
Gesamtstundenzahl an der ZVS	376	474	376	1226
Zusätzlich:				
Arbeitsgemeinschaften im Einführungspraktikum				76
Arbeitsgemeinschaften im Hauptpraktikum				88
Gesamtstundenzahl (ZVS) und Arbeitsgemeinschaften in Praktika				1390

1.1 Einführung in die Ausbildung

Lehrveranstaltung „Informationen zum Berufsbild“

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Zeitraum	Beginn: Einführungslehrgang
Zeitlicher Umfang	Einführungslehrgang = 6 Stunden
Verantwortliche	Herr Minor
Dozentinnen/Dozenten	Herr Becker M., Herr Fournier, Herr Helfrich, Frau Marunde, Herr Minor, Herr Roselt
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	Fachlich-inhaltliche und methodische Kompetenz Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage <ul style="list-style-type: none"> - die Stellung der öffentlichen Verwaltung im gewaltenteiligen System der Bundesrepublik Deutschland zu erkennen, - den Aufbau der Landes- und Kommunalverwaltung zu differenzieren, - die Anforderungen und Erwartungen die den Beamtinnen und Beamten des mittleren nicht technischen Dienstes gestellt werden, zu erkennen.
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Lehrgespräch - Praxisbezogene Übung mit Gruppenarbeit
Lerninhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Grundsatz der Gewaltenteilung - Aufbau der Landes- und Kommunalverwaltung in Rheinland-Pfalz

1.2 Einführung in die Ausbildung

Lehrveranstaltung „Einführung in Arbeits- und Lerntechniken“

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Zeitraum	Beginn: Einführungslehrgang
Zeitlicher Umfang	Einführungslehrgang = 6 Stunden
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabitsleiter des Unterrichtsfachs MdR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Eckhardt, Herr Dr. Konrad, Herr Wagner
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	Kompetenzen <ul style="list-style-type: none"> - Erkenntnis der Bedeutung des Rechts - Erfahren von Lerninhalten und Lehr- sowie Lernmethoden
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> - anschauliche Vermittlung von Informationen - Diskussionsbeiträge
Lerninhalte	<ul style="list-style-type: none"> - Bedeutung des Rechts im Berufsleben sowie im privaten Alltag; Arten der Rechtsquellen - Arten der juristischen Fachliteratur - Arten der Lehrveranstaltungen, Mitarbeit im Unterricht, Erstellen von Mitschriften, Beschäftigung mit der Literatur - Beschaffung von Informationen, Bibliotheksbenutzung und Internetabfrage

1.3 Einführung in die Ausbildung

Lehrveranstaltung „Teamentwicklung/soziale Kompetenz“

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Zeitraum	Einführungslehrgang
Zeitlicher Umfang	Einführungslehrgang = 6 Stunden
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabetsleiter des Unterrichtsfachs IK an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Frau Dr. Ehlers, Herr Fournier, Frau Dr. Jesse, Herr Helfrich, Herr Lenz, Frau Dr. Ludwig, Frau Marunde, Herr Mattlener, Herr Roselt
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	<p>Sozial- und Selbstkompetenzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Anwärterinnen und Anwärter erkennen verschiedene Rollen im Team, - die Anwärterinnen und Anwärter entwickeln Sensibilität für Kommunikationsprozesse im Team, - die Anwärterinnen und Anwärter erkennen die Bedeutung von beiden Hirnhälften für Lernprozesse.
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Der Prozess der Teamentwicklung - anschauliche Vermittlung von Informationen

2. Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Staats- und Verfassungsrecht

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabetsleiter des Unterrichtsfachs StVR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Frau Breitbach, Herr Eckhardt, Herr Jagatic, Herr Schmidt-Renkhoff, Herr Weidenbach
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage: <ul style="list-style-type: none"> - die Staatsfunktionen ihrer Bedeutung nach zu erfassen, voneinander abzugrenzen und zu erklären, - Bedeutung, Stellung und Aufgaben der Staatsorgane dazulegen, - wichtige Grundrechte als Wesensmerkmal des Rechtsstaats in ihrem Umfang und Schutz zu erfassen und auf Lebenssachverhalte bezogen rechtsmethodisch anzuwenden, - Institutionen, Rechtsquellen und Handlungsformen der EU in ihren Grundzügen dazulegen.
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Lehrgespräche mit mediengestützter Präsentation - Gruppenarbeit - Wiederholende, mündliche Überprüfungen - Hausaufgaben

2. Staats- und Verfassungsrecht (StVR)

I. Einführungslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Allgemeine Grundlagen</u>	GK	
1.1	Begriff des Gesetzes		
1.2	Begriff der Verfassung und Aufbau des Grundgesetzes		
1.3	Rangordnung von Normen		
2	<u>Staatsorgane</u> (Stellung im staatlichen System, Zusammensetzung, Aufgaben, Befugnisse)		
2.1	Legislativorgane (ohne Gesetzgebungskompetenzen und -verfahren) - Bundestag, mit Wahlsystem (in Grundzügen) und Wahlrechtsgrundsätzen - Bundesrat		
2.2	Exekutivorgane - Bundesregierung mit Art. 67, 68 GG – nur Überblick - Bundespräsident (ohne Prüfungsrecht)	GK Ü	
2.3	Judikativorgane - Bundesverfassungsgericht und Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz (ohne Verfahrensarten) - Bundesgerichte und Gerichte der Länder	Ü	
3	<u>Übungen und Besprechung einfach gelagerter Fälle</u>		
	Gesamtstundenzahl		20

2. Staats- und Verfassungsrecht (StVR)

II. Hauptlehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Gesetzgebungskompetenzen</u>	GK	
1.1	Grundsatz der Länderkompetenz		
1.2	Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes (Art. 73 GG und Einzelzuweisungen, ohne ungeschriebene Befugnisse)		
1.3	Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes (Art. 74 GG, ohne Einzelzuweisungen und ohne ungeschriebene Befugnisse)		
	Art. 72 Abs. 2 GG nur im Überblick	Ü	
2	<u>Gesetzgebungsverfahren</u>	Ü	
2.1	Einleitungsverfahren, Art. 76 GG (ohne GOBT)		
2.2	Hauptverfahren, Art. 77 GG (ohne Art. 77 Abs. 4 GG und ohne GOBT)		
2.3	Abschlussverfahren, Art. 82 Abs. 1 GG (ohne Prüfungsrecht des Bundespräsidenten)		
3	<u>Übungen und Besprechungen einfach gelagerter Fälle</u>		
	Gesamtstundenzahl		12

2. Staats- und Verfassungsrecht (StVR)

III. Abschlusslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- Art	Std.- zahl
1	<u>Staatsstrukturprinzipien und Staatszielbestimmungen</u>	GK	
1.1	Bundesstaat		
1.2	Demokratie		
1.3	Rechtsstaat		
1.4	Friedenspflicht und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen		
2	<u>Grundrechte im Grundgesetz</u>	GK	
2.1	Begriff und Arten		
2.2	Prüfungsschema zur Verletzung von Freiheitsgrundrechten (Grundrechtsberechtigte, Eingriffe Grundrechts-schranken, sog. „Schranken-Schranken“ und Einzelakte – insbesondere Verhältnismäßigkeitsprüfung)		
2.3	Allgemeine Handlungsfreiheit, Art. 2 Abs. 1 GG		
2.4	Versammlungsfreiheit, Art. 8 GG		
2.5	Berufsfreiheit, Art. 12 GG (ohne berufsregelnde Tendenz)		
2.6	allgemeiner Gleichheitssatz, Art. 3 Abs. 1 GG (mit abweichendem Prüfungsschema zu den Freiheitsgrundrechten: Grundrechtsberechtigung, Ungleichbehandlung, Rechtfertigung – ohne sog. „neue Formel“)		
3	<u>Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht</u>	GK	
3.1	Zulässigkeitsvoraussetzungen (ohne ungeschriebene Voraussetzungen im Rahmen der Beschwerdebefugnis sowie ohne die sog. „Subsidiarität“)		
3.2	Begründetheit nur im Überblick	Ü	

4	<u>Grundzüge des Europarechts</u>	Ü	
4.1	Geschichte der EU		
4.2	Rechtsnatur der Europäischen Union, d.h. Begriff des „Staatenverbundes“ in einfacher Sprache		
4.3	Institutionen		
4.4	Rechtsquellen		
5	<u>Übungen und Besprechungen einfach gelagerter Fälle</u> (Fallbesprechungen nur zu den Grundrechten und zur Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde)		
	Gesamtstundenzahl		34

3. Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Allgemeines Verwaltungsrecht

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabetsleiter des Unterrichtsfachs AVR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Becker P., Herr Brosa, Frau Hering, Herr Schmidt-Renkhoff, Herr Dr. Konrad, Herr Lenk, Herr Rankenhohn, Frau Schmitt, Frau Weil
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	<p>Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage:</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Verwaltungsrecht in das Rechtssystem einzuordnen, - die Typischen Handlungsmittel der Verwaltung zu erkennen und anzuwenden, - zwischen gebundener und Ermessensverwaltung zu differenzieren und die Voraussetzungen zu beachten, - das Verwaltungsverfahren in den Grundzügen zu beherrschen, - Fehler des Verwaltungshandelns und deren Folgen zu erkennen.
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Lehrgespräche mit mediengestützter Präsentation - Gruppenarbeit - Wiederholende, mündliche Überprüfungen - Hausaufgaben

3. Allgemeines Verwaltungsrecht (AVR)

I. Einführungslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- Zahl
1	<u>Begriff und Wesen der Verwaltung</u>	Ü	
11	Verwaltungsakt als typische Maßnahme der Verwaltung: Einführung		
12	Grundzüge des Verwaltungsrechtsschutzes: Einführung		
13	Aufgaben der Verwaltung		
14	Abgrenzung der vollziehenden Gewalt gegenüber Gesetzgebung und Rechtsprechung		
15	Abgrenzung der Verwaltung gegenüber der Regierung		
16	Bedeutung der Verfassungsprinzipien in der Verwaltung		
2	<u>Gliederung der Verwaltung nach inhaltlichen Gesichtspunkten</u>		
21	Privates und öffentliches Recht	NK	
22	Hoheitliche und fiskalische Verwaltung	GK	
23	Eingriffs- und Leistungsverwaltung		
24	Freie und gebundene Verwaltung; Allgemeines zum Ermessen	Ü	
3	<u>Rechtspersonen des öffentlichen Rechts: Körperschaften und Anstalten</u>		
4	<u>Verwaltungshandeln I</u>		
41	Formen des Verwaltungshandelns		
42	Verwaltungsakt		
421	Begriff	NK	
4211	Allgemeines		
4212	Einzelne Begriffsmerkmale		
422	Arten der Verwaltungsakte	Ü	
423	Form		
424	Bekanntgabe und Zustellung	NK	

3. Allgemeines Verwaltungsrecht (AVR)

I. Einführungslehrgang

Kennziffer	Lerninhalte	Kenntnisart	Std.-zahl
5	<u>Rechtsgrundlagen für die Verwaltung</u>		
51	Rechtsnorm: Begriff		
52	Einzelne Rechtsgrundlagen		
522	Rechtsverordnung		
523	Satzung		
524	Gewohnheitsrecht	Ü	
525	Verwaltungsvorschriften	GK	
6	<u>Rechtsgebundenheit und Ermessen</u>		
61	Bestimmter und unbestimmter Rechtsbegriff; Beurteilungsspielraum		
62	Gebundene Entscheidungen		
621	Einzelne Fehler (mangelnde Bestimmtheit, Unmöglichkeit usw.)		
622	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit		
63	Ermessen		
631	Begriff, Arten	NK	
632	Ermessensfehler		
64	Subjektiv-öffentliches Recht auf fehlerfreie Ermessensausübung		
65	Ermessenskontrolle		
7	<u>Verwaltungshandeln II</u>		
71	Nebenbestimmungen zu Verwaltungsakten	GK	
72	Fehlerhaftigkeit von Verwaltungsakten	NK	
721	Formelle Mängel		
722	Materielle Mängel		
73	Folgen der Fehlerhaftigkeit		
731	Offenbare Unrichtigkeiten		
732	Aufhebbarkeit		
733	Nichtigkeit		
734	Heilung	GK	
8	<u>Fallbesprechungen</u>		

	Gesamtstundenzahl	46
--	--------------------------	-----------

3. Allgemeines Verwaltungsrecht (AVR)

		II. Hauptlehrgang	
Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- Art	Std.- zahl
1	<u>Rechtsschutz</u>		
11	Rechtsschutz durch die Verwaltung		
111	Formlose Rechtsbehelfe; Gegenvorstellung, Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerde	Ü	
112	Förmlicher Rechtsbehelf; Widerspruch		
113	Widerspruchsverfahren		
1131	Abhilfe, Widerspruchsbescheid	GK	
1132	Zulässigkeit des Widerspruchs	NK	
1133	Begründetheit des Widerspruchs		
12	Rechtsschutz durch die Verwaltungsgerichte: Klagearten (Anfechtungs-, Verpflichtungs- und allgemeine Leistungsklage)	GK	
2	<u>Verwaltungshandeln</u>		
21	Aufhebung von Verwaltungsakten	NK	
211	Formelle Bestandskraft		
212	Widerruf		
2121	Widerruf von begünstigenden Verwaltungsakten		
2122	Widerruf von belastenden Verwaltungsakten		
213	Rücknahme		
2131	Rücknahme von begünstigenden Verwaltungsakten		
2132	Rücknahme von belastenden Verwaltungsakten		
3	<u>Fallbesprechungen</u>		
	<u>Wiederholungsstunden</u>		
	Gesamtstundenzahl		26

--	--	--	--

3. Allgemeines Verwaltungsrecht (AVR)

III. Abschlusslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Verwaltungsverfahren</u>	GK	
2	<u>Anfechtungswiderspruch und -klage</u>		
21	Wirkungen		
22	Vorläufiger Rechtsschutz		
3	<u>Verwaltungszwang</u>		
31	Begriff, Rechtsgrundlagen, Prinzipien		
33	Vollstreckung von Verwaltungsakten, die eine Geldforderung zum Inhalt haben	Ü	
4	<u>Haftung bei Amtspflichtverletzung</u>	GK	
	<u>Wiederholungsstunden</u>		
	Gesamtstundenzahl		20

4. Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Kommunalrecht

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabitsleiter des Unterrichtsfachs KomR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Böhle, Herr Meudt, Herr Minor, Herr Römer, Herr Schäfer, Herr Schmorleiz, Herr Wagner
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	<p>Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage,</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Träger der kommunalen Selbstverwaltung zu nennen, - Aufgaben der Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise zu unterscheiden, - die Aufgaben der Gebietskörperschaften im demokratischen Gefüge zu unterscheiden, - die Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung zu beschreiben, - die gesetzliche Zahl der Ratsmitglieder im Einzelfall zu ermitteln, - Kommunalaufsicht, Fachaufsicht und Sonderaufsicht hinsichtlich ihrer Gliederung und Kompetenz zu unterscheiden, - Aufsichtsmittel der Kommunalaufsicht anzuwenden, - die Gemeindeorgane zu benennen und deren Kompetenzen abzugrenzen, - die formelle Rechtmäßigkeit von Ratsbeschlüssen zu prüfen, - die Bedeutung der Gemeindeorgane im Rahmen der Kommunalverfassung zu erkennen, - Satzungen nach ihren Ermächtigungsgrundlagen zu unterscheiden,

	<ul style="list-style-type: none"> - das Satzungsgebungsverfahren zu beschreiben, - Formen öffentlicher Bekanntmachungen zu nennen und zu unterscheiden, - den Begriff der öffentlichen Einrichtung zu beschreiben und den Anspruch auf Benutzung öffentlicher Einrichtungen zu prüfen, - die Begriffe Ehrenamt und ehrenamtliche Tätigkeit zu unterscheiden, - Ausschließungsgründe zu erkennen, das Verfahren bei Vorliegen von Ausschließungsgründen zu beschreiben, - Rechtsfolgen fehlerhafter Anwendung der Vorschriften über die Befangenheit festzustellen, - die Voraussetzungen und das Verfahren für die Aussetzung von Beschlüssen zu beschreiben, - die Voraussetzungen für die Anfechtung von Wahlen und das Verfahren zu beschreiben, - Wahlsysteme der Wahl des Gemeinderates zu beschreiben, - die Sitzverteilung nach erfolgter Wahl sicher vorzunehmen, - die Wahl des Bürgermeisters zu beschreiben.
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Lehrgespräche mit mediengestützter Präsentation - Gruppenarbeit - Wiederholende, mündliche Überprüfungen - Hausaufgaben

4. Kommunalrecht (KomR)

I. Einführungslehrgang

Kenn-Ziffer	Lerninhalte	Kenntnis-art	Std.-zahl
1	<u>Rechtsquellen der kommunalen Selbstverwaltung</u>	GK	
11	Verfassungsrechtliche Grundlagen		
12	Kommunalgesetze des Landes Rheinland-Pfalz		
2	<u>Träger der kommunalen Selbstverwaltung</u>	NK	
21	Ortsgemeinde (verbandsangehörige Gemeinde)		
22	Verbandsfreie Gemeinde		
23	Große kreisangehörige Stadt		
24	Kreisfreie Stadt		
25	Verbandsgemeinde		
26	Landkreis		
27	Bezirksverband Pfalz	Ü	
3	<u>Aufgaben der Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise</u>	NK	
31	Aufgabenarten (Selbstverwaltungsaufgaben und Auftragsangelegenheiten)		
32	Aufgaben der Gemeinden		
33	Aufgaben der Verbandsgemeinden		
331	Eigene Aufgaben		
332	Verwaltungsgeschäfte der Ortsgemeinden		
34	Aufgaben der Landkreise, Kreisverwaltung als Landesbehörde		

4. Kommunalrecht (KomR)

I. Einführungslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- Art	Std.- zahl
4	<u>Organe der Gemeinden</u>	GK	
41	Rechtliche Stellung		
42	Gemeinderat		
421	Wahlzeit		
422	Zusammensetzung	NK	
423	Unvereinbarkeit von Amt und Mandat	GK	
43	Bürgermeister: Ehrenamtliche und hauptamtliche Bestellung		
5	<u>Fallbesprechungen</u>		
	Gesamtstundenzahl		24

4. Kommunalrecht (KomR)		II. Hauptlehrgang	
Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Öffentliche Bekanntmachungen</u>	NK	
2	<u>Einwohner und Bürger: Begriffe, Rechte und Pflichten</u>	GK	
21	Begriff		
22	Rechte und Pflichten		
23	Ehrenamt/ehrenamtliche Tätigkeit		
3	<u>Organe der Gemeinden</u>		
31	Aufgaben der Organe		
311	Gemeinderat		
312	Bürgermeister		
32	Tätigwerden des Gemeinderats	NK	
321	Einberufung		
322	Form der Sitzung		
323	Beschlussfähigkeit		
324	Beschlussfassung, Wahlen		
33	Fehlerfolgen		
4	<u>Fallbesprechungen</u>		
	Gesamtstundenzahl		28

4. Kommunalrecht (KomR)

III. Abschlusslehrgang

Kenn-Ziffer	Lerninhalte	Kenntnis-art	Std.-zahl
1	<u>Satzungsrecht</u>	NK	
11	Ermächtigungsgrundlagen		
12	Satzungsgebungsverfahren		
2	<u>Staatsaufsicht</u>		
21	Kommunalaufsicht, Fachaufsicht: Begriffe, Abgrenzung; Anhang: Sonderaufsicht		
22	Gliederung der Aufsichtsbehörden und Zuständigkeitsabgrenzung	GK	
23	Kommunalaufsicht: Aufsichtsmittel		
231	Beanstandung	NK	
232	Anordnung		
233	Ersatzvornahme		
24	Rechtsschutz bei aufsichtsbehördlichen Maßnahmen		
3	<u>Einwohner und Bürger: Rechte und Pflichten</u>		
31	Recht auf Benutzung der öffentlichen Einrichtungen		
32	Ausschließungsgründe		
4	<u>Organe der Gemeinde</u>	NK	
41	Teilorgane	GK	
411	Ausschüsse: Arten, Zusammensetzung, Bildung		
412	Beigeordnete: Rechtliche Stellung, Wahl		
42	Aussetzung von Beschlüssen		
5	<u>Kommunalwahlrecht</u>		
51	Wahl des Gemeinderats		
511	Personalisierte Verhältniswahl		
512	Mehrheitswahl		
52	Wahl und Ernennung des Bürgermeisters		
521	Persönliche Wählbarkeitsvoraussetzungen		
522	Wahlverfahren		
523	Unvereinbarkeitstatbestände		
	<u>Wiederholungsstunden</u>		
	Gesamtstundenzahl		52

5.1 Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Polizei- und Ordnungsrecht

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabetsleiter des Unterrichtsfachs POR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Heib, Frau Hering, Herr Jagatic, Herr Dr. Konrad, Herr Kock, Frau Schmitt, Frau Weil, Frau Zimmer
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage, <ul style="list-style-type: none"> - präventives Ordnungsrecht von repressivem zu unterscheiden, - die Zuständigkeiten im Ordnungsrecht zu erkennen, - die Begriffe Gefahr, öffentliche Sicherheit und öffentliche Ordnung anzuwenden, - ermessensfehlerfreie Entscheidungen treffen zu können, - in rechtmäßiger Weise Personen zur Gefahrenabwehr auszusuchen und heranzuziehen.
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Lehrgespräche mit mediengestützter Präsentation - Übungen und Fallanalysen - Gruppenarbeit - Prüfungsvorbereitung - EDV-Präsentationen

5. Recht der Gefahrenabwehr (GAR)
5.1 Polizei- und Ordnungsrecht (POR)

I. Einführungslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Aufgaben der Ordnungsbehörden und der Polizei nach § 1 POG</u>	GK	
2	<u>Befugnisse der Ordnungsbehörden und der Polizei nach der Generalermächtigung des § 9 POG</u>	NK	
21	Tatbestandsvoraussetzungen		
211	Schutzgüter: Öffentliche Sicherheit und öffentliche Ordnung		
212	Gefahr		
2121	Begriff		
2122	Arten (nur konkrete, gegenwärtige, erhebliche Gefahr)		
22	Rechtsfolgen		
221	Entschließungsermessen		
222	Auswahlermessen bei der Bestimmung des Adressaten (nur natürliche Personen)		
2221	Verantwortlichkeit für das Verhalten von Personen		
2222	Verantwortlichkeit für den Zustand von Sachen		
2223	Inanspruchnahme nicht verantwortlicher Personen		
2224	Auswahl unter mehreren Adressaten		
223	Auswahlermessen bei der Bestimmung des Mittels (insbes. Bestimmtheit, Möglichkeit, Geeignetheit, Erforderlichkeit, Angemessenheit)		
5	<u>Fallbesprechungen</u>		
	Gesamtstundenzahl		20

5. Recht der Gefahrenabwehr (GAR)
5.1 Polizei- und Ordnungsrecht (POR)

III. Abschlusslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- Art	Std.- zahl
1	<u>Befugnisse der Ordnungsbehörden und der Polizei bei Spezialermächtigungen innerhalb der POG: nur §§ 13 und 22</u>	GK	
2	<u>Organisation der Ordnungsbehörden und Polizei</u>	NK	
21 211	Allgemeine Ordnungsbehörden Sachliche und örtliche Zuständigkeit		
212	Ordnungspflicht von Hoheitsträgern		
22	Polizeibehörden	Ü	
3	<u>Zwangsmittel</u>		
31	Begriff, Arten (§§ 63-65 LVwVG)	NK	
32 321 322	Einzelne Zwangsmittel Ersatzvornahme Zwangsgeld		
33 331 332	Verfahren Gestrecktes Vollstreckungsverfahren, insb. Androhung Unmittelbare Ausführung		
34	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit		
4	<u>Fallbesprechungen</u> <u>Wiederholungsstunden</u>		
	Gesamtstundenzahl		26

5.2 Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Gewerberecht

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabetsleiter des Unterrichtsfachs GewR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Heib, Frau Hering, Herr Jagatic, Herr Dr. Konrad, Herr Kock, Frau Schmitt, Frau Weil, Frau Zimmer
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage, <ul style="list-style-type: none"> - Gewerbe von anderen Tätigkeiten abzugrenzen, - die richtigen Maßnahmen zur Verhinderung von Tätigkeit bei Unzuverlässigkeit zu treffen, - Voraussetzungen und Notwendigkeit von Erlaubnissen zu erkennen, - die rechtlichen Voraussetzungen einer Gaststätte zu beurteilen.
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Lehrgespräche mit mediengestützter Präsentation - Übungen und Fallanalysen - Gruppenarbeit - Prüfungsvorbereitung - EDV-Präsentationen

5. Recht der Gefahrenabwehr (GAR)

5.2 Gewerberecht (GewR)

III. Abschlusslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- Art	Std.- zahl
1	<u>Grundlagen</u>		
11	Rechtsgrundlagen	GK	
12	Begriff des Gewerbes	NK	
13	Arten der Gewerbe		
2	<u>Stehendes Gewerbe</u>	NK	
21	Begriff und Arten		
22	Genehmigungsfreies stehendes Gewerbe		
221	Anzeigepflicht		
222	Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit		
23	Genehmigungspflichtiges stehendes Gewerbe		
231	Erlaubnis		
232	Erteilung		
233	Inhalt, Form		
234	Rücknahme und Widerruf (§§ 48, 49 VwVfG)		
235	Verhinderung formell illegaler Gewerbetätigkeit		
3	<u>Gaststättenrecht</u>		
31	Begriff und Arten von Gaststätten		
32	Gaststättenerlaubnis		
321	Erteilung, Versagung		
322	Inhalt, Form		
323	Rücknahme und Widerruf		
33	Verhinderung formell illegalen Gaststättenbetriebs		
4	<u>Fallbesprechungen</u>		
	<u>Wiederholungsstunden</u>		
	Gesamtstundenzahl		28

6.1 Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Beamtenrecht

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabetsleiter des Unterrichtsfachs BR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Becker M., Herr Buttner, Herr Eckhardt, Herr Hartmann, Herr Maximini, Herr Minor, Herr Schmorleiz, Herr Wagner
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	<p>Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage,</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wesen und Bedeutung der Beamtenverhältnisse zu beschreiben, - beamtenrechtliche Ernennungen auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen und Folgen von Ernennungsfehlern zu erkennen, - Beendigungsgründe des Beamtenverhältnisses abzugrenzen, - Ernennungsurkunden zu erstellen, - die Rechtsstellung des Beamten darzustellen, - Pflichten- und Rechte der Beamten zu erkennen, - Personalverteilungsmaßnahmen abzugrenzen, - Grundzüge des finanziellen Beamtenrechtes anzuwenden.
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Lehrgespräche mit mediengestützter Präsentation - Praxisbezogene Übungen und Fallanalysen - Gruppenarbeit - Klausurvorbereitung

6. Recht des öffentlichen Dienstes (ÖDR)

6.1 Beamtenrecht (BR)

I. Einführungslehrgang

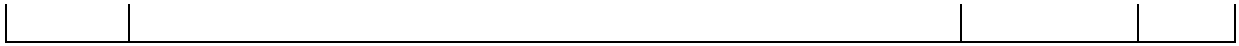
Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Allgemeines</u> Wesen und Bedeutung des Beamtenverhältnisses	Ü	
2	<u>Rechtsgrundlagen</u>	GK	
21	Verfassungsrechtliche Regelungen		
22	Beamtenbundesrecht, Bundesbeamtenrecht, Landesbeamtenrecht		
3	<u>Beamtenrechtliche Grundbegriffe</u>	GK	
31	Amt		
32	Dienstherr, unmittelbares und mittelbares Beamtenverhältnis		
33	Oberste Dienstbehörde, Dienstvorgesetzter, Vorgesetzter		
4	<u>Gliederung der Beamtenverhältnisse</u>		
41	Berufsbeamte, Ehrenbeamte		
42	Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Zeit, Beamte auf Probe, Beamte auf Widerruf		
5	<u>Laufbahnrecht</u>	GK	

6. Recht des öffentlichen Dienstes (ÖDR)

6.1 Beamtenrecht (BR)

I. Einführungslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
6	<u>Ernennung</u>	NK	
61	Begriff, Gegenstand, Form und zeitliche Wirksamkeit der Ernennung		
62	Voraussetzungen der Ernennung		
63	Rechtsfolgen fehlerhafter Ernennungen		
7	<u>Beendigung des Beamtenverhältnisses</u>	GK	
71	Entlassung		
72	Verlust der Beamtenrechte		
73	Entfernung aus dem Dienst		
74	Eintritt in den Ruhestand		
8	<u>Fallbesprechungen</u>		
	Gesamtstundenzahl		28



6. Recht des öffentlichen Dienstes (ÖDR)

6.1 Beamtenrecht (BR)

II. Hauptlehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Rechtsstellung der Beamten</u>		
11	Pflichten	GK	
12	Folgen mangelhafter Pflichterfüllung	Ü	
13	Rechte	GK	
14	Rechtsschutz	NK	
2	<u>Finanzielles Beamtenrecht</u>	GK	
21	Allgemeine Grundlagen und Arten der Besoldung		
22	Beginn und Ende des Besoldungsanspruches		
23	Dienstbezüge		
231	Grundgehalt		
232	Familienzuschlag		
233	Zulagen		
24	Sonstige Bezüge	Ü	
3	<u>Personalverteilungsentscheidungen</u>	GK	
4	<u>Fallbesprechungen</u>		
	Gesamtstundenzahl		28

6.2 Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Arbeits- und Tarifrecht

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabitsleiter des Unterrichtsfachs ATR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Becker, M., Herr Eckhardt, Herr Hartmann, Herr Maximini, Herr Minor, Herr Schmorleiz, Herr Wagner
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage, <ul style="list-style-type: none"> - Grundzüge des Arbeitsrechts darzustellen, - Vorschriften der Tarifverträge im öffentlichen Dienst anzuwenden.
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Lehrgespräche mit mediengestützter Präsentation - Praxisbezogene Übungen und Fallanalysen - Gruppenarbeit - Klausurvorbereitung

6. Recht des öffentlichen Dienstes (ÖDR)

6.2 Arbeits- und Tarifrecht (ATR)

II. Hauptlehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Einführung</u> Begriff, Wesen und Zuordnung des Arbeits- und Tarifrechts	Ü	
2	<u>Rechtsgrundlagen</u>		
3	<u>Kollektives und individuelles Arbeitsrecht unter Be- rücksichtigung der Tarifverträge im Öffentlichen Dienst</u>	GK	
4	Fallbesprechungen		
	Gesamtstundenzahl		22

6.3 Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Personalvertretungsrecht

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabetsleiter des Unterrichtsfachs PVR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Becker M., Herr Eckhardt, Herr Hartmann, Herr Maximini, Herr Minor, Herr Schmorleiz, Herr Wagner
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage, <ul style="list-style-type: none"> - die Rechtsstellung des Personalrates darzustellen, - allgemeine Aufgaben des Personalrates zu nennen, - Beteiligungsrechte des Personalrates zu bestimmen.
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Lehrgespräche mit mediengestützter Präsentation - Praxisbezogene Übungen und Fallanalysen - Gruppenarbeit - Klausurvorbereitung

6. Recht des öffentlichen Dienstes (ÖDR)

6.3 Personalvertretungsrecht (PVR)

III. Abschlusslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Geltungsbereich des Landespersonal- vertretungsgesetzes</u>	GK	
2	<u>Wesen und Rechtsstellung des Personalrates</u>		
3	<u>Aufgaben, Zuständigkeiten und Rechte des Personalrates</u>		
Gesamtstundenzahl			6

7. Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Recht der sozialen Sicherung

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabetsleiter des Unterrichtsfachs SoSR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Maximini, Herr Meudt, Herr Römer
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	<p>Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage,</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Voraussetzungen der jeweiligen Anspruchsgrundlage zu erkennen und zu überprüfen, insbesondere die Verpflichtung zum Einsatz der Arbeitskraft festzustellen und umzusetzen und das Einkommen und Vermögen zu ermitteln- die Tatbestandsvoraussetzungen der Hilfen in besonderen Lebenslagen zu erkennen und sachbezogen zu überprüfen, die Hilfe zu berechnen und zahlbar zu machen.
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Lehrgespräche mit mediengestützter Präsentation - Gruppenarbeit - Wiederholende, mündliche Überprüfungen - Hausaufgaben

7. Recht der sozialen Sicherung (SoSR)

I. Einführungslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>System der sozialen Sicherung - Sozialleistungen nach dem SGB</u>	Ü	
2	<u>Rechtsgrundlagen des SoSR und Arbeitshilfen - Abgrenzung des SGB XII zu anderen Büchern des SGB</u>		
3	<u>Leistungen, Aufgaben und Formen der Sozialhilfe - Abgrenzung der Hilfen - Empfänger der Hilfe</u>	NK	
4	<u>Träger der Sozialhilfe</u> Träger der SH und ihre beauftragten Stellen - Kostentragung - Kostenbeteiligung		
5	<u>Die Zuständigkeiten in der SH</u>		
51	Sachliche Zuständigkeit		
52	Örtliche Zuständigkeit		
53	Zuständigkeiten der Sozialhilfeträger nach anderen Rechtsvorschriften		
54	Übertragung von Aufgaben		
6	<u>Allgemeine Voraussetzungen der Sozialhilfe</u>		
61	Allgemeine Anspruchsvoraussetzungen		
611	Bekannt werden der Voraussetzungen		
611	Bekannt werden der Voraussetzungen beim SH-Träger oder den beauftragten Stellen		
612	Bekannt werden bei anderen Stellen		
613	Mitwirkungspflichten des HS und Dritter		
614	SH für die Vergangenheit		
62	Nachrang der Sozialhilfe		
621	Selbsthilfe		
622	Vorleistung – Nachträgliche Wiederherstellung der Nachrangigkeit		
Gesamtstundenzahl			22



7. Recht der sozialen Sicherung (SoSR)

II. Hauptlehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Nachrang der Sozialhilfe</u>	NK	
11	Einsatz der Arbeitskraft		
12	Einsatz des Einkommens		
13	Einsatz des Vermögens		
14	Verwirklichung von Ansprüchen gegen andere		
2	<u>Besondere Anspruchsvoraussetzungen der Hilfe zum Lebensunterhalt</u>		
21	Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes		
211	Laufende Leistungen außerhalb von Anstalten		
212	Laufende Leistungen innerhalb von Anstalten		
213	Ergänzende Darlehen		
214	Erweiterte Hilfe – Aufwendungsersatz		
215	Leistungsberechtigte		
216	Sonderregelung für Leistungsberechtigte nach dem SGB II		
217	Einmalige Leistungen		
22	Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung und sonstige Versicherungen		
23	Hilfe zum Lebensunterhalt in Sonderfällen		
3	<u>Besondere Anspruchsvoraussetzungen der Grundsicherung</u>		
31	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung		
32	Grundsicherung für erwerbsfähige Arbeitslose nach dem SGB II		
	Gesamtstundenzahl		28



7. Recht der sozialen Sicherung (SoSR)

III. Abschlusslehrgang

Kennziffer	Lerninhalte	Kenntnis- Art	Std.- zahl
1	<u>Besondere Anspruchsvoraussetzungen der Hilfen nach Kapitel 5 bis 9 SGB XII (Hilfen in besonderen Lebenslagen)</u>		
11	Sachliche Voraussetzungen	Ü	
111	Hilfen zur Gesundheit		
1111	Vorbeugende Gesundheitshilfe		
1112	Hilfe bei Krankheit		
1113	Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft		
112	Hilfe zur Pflege – Pflegeversicherung	NK	
113	Hilfe in anderen Lebenslagen		
1131	Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes		
1132	Blindenhilfe		
1133	Bestattungskosten	Ü	
114	Hilfe in sonstigen Lebenslagen		
12	Wirtschaftliche Voraussetzungen		
121	Bedarfsermittlung		
122	Leistungsberechtigte		
123	Einkommengrenzen – Eigenanteil		
124	Erweiterte Hilfe – Aufwendungsersatz		
2	<u>Kostenerstattung nach dem SGB X und SGB XII</u>		
3	<u>Kostenersatz</u>	GK	
4	<u>Aufhebung von Verwaltungsakten – Rückforderung zu Unrecht bezogener Leistungen</u>		
5	<u>Rechtsschutz</u>		
6	<u>Eingliederungshilferecht, Teil 2 SGB IX</u>	Ü	
	<u>Wiederholungsstunden</u>		
	Gesamtstunden		38

8.1 Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Finanzrecht

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabetsleiter des Unterrichtsfachs FinR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Hermann, Herr Schäfer
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	<p><u>Fachlich- inhaltliche und methodische Kompetenzen:</u></p> <p>Vermittlung von finanzwirtschaftlichem Grundlagenwissen im Bereich der Finanzverfassung.</p> <p>Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage,</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Verteilung der Aufgaben und Ausgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) anhand der einschlägigen Rechtsvorschriften in Grundzügen zu erläutern, – die Steuerhoheit (insb. Steuergesetzgebungs- und Steuerertragshoheit) fallbezogen anzuwenden, – die Bedeutung des vertikalen und horizontalen Finanzausgleichs im Bundesstaat zu erkennen, – einzelne Zuweisungen und Umlagen des kommunalen Finanzausgleichs zu berechnen.
Art der Lehrveranstaltung	<p><u>Kontaktlehre:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> – Lehrgespräch mit mediengestützter Präsentation sowie praxisbezogene Übungen

	<ul style="list-style-type: none">- Gruppenarbeit- Vortrag / Präsentation / Referat- Prüfungsvorbereitung <p><u>Eigenarbeit:</u></p> <ul style="list-style-type: none">- Vor- und Nachbereitung- Vorbereitung von Vorträgen / Präsentationen / Referaten- Internet (Recherche)- Prüfungsvorbereitung- Gruppenarbeit
--	---

8. Öffentliche Finanzwirtschaft (ÖFWi)
8.1 Finanzrecht (FinR)

III. Abschlusslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- Art	Std.- zahl
1	<u>Aufgabenverteilung im Bundesstaat</u>	GK	
2	<u>Einnahmeverteilung im Bundesstaat</u>		
21	Steuerhoheit	NK	
22	Elemente des vertikalen und horizontalen Finanzausgleichs	Ü	
23	Kommunaler Finanzausgleich (Schwerpunkte: Schlüsselzuweisungen, Kreis- und Verbandsgemeindeumlage)	GK	
	Gesamtstundenzahl		24

8.2 Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Kommunales Haushaltsrecht

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabitsleiter des Unterrichtsfach KHR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Hermann, Herr Stein, Frau Annen, Herr Buttner
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	<p><u>Fachlich- inhaltliche und methodische Kompetenzen:</u></p> <p>Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage,</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Bedeutung des produktorientierten Haushaltsplanes der Kommunen für Politik, Verwaltungsführung, Kommunalverwaltung und die Bürgerinnen und Bürger zu erläutern, – Aufbau, Inhalte und Systematik des dopischen Haushaltsplans zu verstehen, – einzelne Bewirtschaftungsmaßnahmen im Ergebnis- und Finanzhaushalt und den Teilhaushalten zu veranschlagen, – Bedeutung, Inhalt und Zustandekommen von Haushaltssatzungen und Nachtragshaushaltssatzungen zu verstehen, – die Haushaltsgrundsätze zu erläutern und deren Bedeutung auf die Veranschlagung und die Bewirtschaftung des kommunalen Haushalts aufzuzeigen, – Liquiditäts- und Investitionskredite als Finanzierungsmittel des Haushalts in ihrer jeweiligen Funktion zu erkennen.

Art der Lehrveranstaltung	<p><u>Kontaktlehre:</u></p> <ul style="list-style-type: none">- Lehrgespräch mit mediengestützter Präsentation sowie praxisbezogene Übungen- Gruppenarbeit- Vortrag / Präsentation / Referat- Vorbereitung Leistungsnachweis <p><u>Eigenarbeit:</u></p> <ul style="list-style-type: none">- Vor- und Nachbereitung- Vorbereitung von Vorträgen / Präsentationen / Referaten- Internet (Recherche)- Vorbereitung Leistungsnachweis- Gruppenarbeit
---------------------------	---

8. Öffentliche Finanzwirtschaft (ÖFWi)

8.2 Kommunales Haushaltsrecht (KHR)

II. Hauptlehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Grundlagen der kommunalen Haushaltswirtschaft</u>	Ü	
11	Begriffe/Funktionen/Rechtsgrundlagen		
12	Haushaltskreislauf		
2	<u>Bestandteile und Anlagen des Haushaltsplanes</u>	GK	
21	Ergebnishaushalt		
22	Finanzhaushalt		
23	Teilhaushalte		
25	Stellenplan		
26	Anlagen		
3	<u>Haushaltssystematik</u>	NK	
31	Produktorientierung		
32	Kontenplan		
	Gesamtstundenzahl		30



8. Öffentliche Finanzwirtschaft (ÖFWi)
8.2 Kommunales Haushaltsrecht (KHR)

III. Abschlusslehrgang

Kenn-ziffer	Lerninhalte	Kenntnis-art	Std.-zahl
2	<u>Haushaltssatzung</u>	GK	
21	Rechtsnatur und Bedeutung		
22	Inhalt		
23	Verfahren		
24	Vorläufige Haushaltsführung		
25	Nachtragshaushaltssatzung/-plan		
3	<u>Haushaltsgrundsätze</u>		
31	Allgemeine Haushaltsgrundsätze		
32	Allgemeine Planungsgrundsätze		
4	<u>Besondere Planungsgrundsätze</u>		
41	Investitionen		
42	Verpflichtungsermächtigungen		
43	Interne Leistungsbeziehungen		
4	<u>Deckungsprinzipien</u>		
41	Gesamtdeckung		
42	Zweckbindung		
43	Unechte Deckungsfähigkeit		
44	Echte Deckungsfähigkeit		
45	Übertragbarkeit		
5	<u>Haushaltsausgleich</u>	Ü	
51	Bedeutung		

8. Öffentliche Finanzwirtschaft (ÖFWi)
8.2 Kommunales Haushaltsrecht (KHR)

III. Abschlusslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
52	Technik des Haushaltsausgleichs		
53	Schwerpunkt: Ausgleich von Jahresfehlbeträgen		
6	<u>Vollzug des Haushaltsplanes</u>	GK	
61	Bindungswirkung		
62	Bewirtschaftung und Überwachung		
63	Über- und außerplanmäßige Mittelbewirtschaftung		
64	Nachtragshaushaltssatzung und -plan		
7	<u>Kreditwirtschaft</u>	Ü	
71	Investitionskredite		
72	Liquiditätskredite		
	Gesamtstundenzahl		50

8.3 Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Staatliches Haushaltsrecht

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabetsleiter des Unterrichtsfachs StHR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Böhle, Herr Müller S., Herr Weiler
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	<p><u>Fachlich- inhaltliche und methodische Kompetenzen:</u></p> <p>Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage,</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Begriffe und Rechtsgrundlagen des staatlichen Haushaltsrechts zu interpretieren, – den Haushaltskreislauf darzustellen, – einen Haushaltsplan für das Land in Grundzügen aufzustellen, – die Zuständigkeiten und Abläufe in der Mittelbewirtschaftung darzustellen, – die Bedeutung der haushaltsrechtlichen Regelungen für Politik, Verwaltungsführung und die Bürger zu erläutern, – die haushaltsrechtlichen Regelungen bei der Lösung praktischer Fälle anzuwenden.
Art der Lehrveranstaltung	<p><u>Kontaktlehre:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> – Lehrgespräch mit mediengestützter Präsentation sowie praxisbezogene Übungen – Gruppenarbeit – Vortrag / Präsentation / Referat

	<ul style="list-style-type: none">- Vorbereitung Leistungsnachweis <p><u>Eigenarbeit:</u></p> <ul style="list-style-type: none">- Vor- und Nachbereitung- Vorbereitung von Vorträgen / Präsentationen / Referaten- Internet (Recherche)- Vorbereitung Leistungsnachweis- Gruppenarbeit
--	--

8. Öffentliche Finanzwirtschaft (ÖFWi)

8.3 Staatliches Haushaltsrecht (StHR)

I. Einführungslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Rechtsgrundlagen</u> Bundesrecht Landesrecht	Ü	
2	<u>Haushaltskreislauf</u>		
3	<u>Instrumente der Haushaltswirtschaft</u>		
31	Landeshaushaltsgesetz	GK	
32	Haushaltsplan Wirkungen/Inhalt/Gliederung	NK	
	Gesamtstundenzahl		12

8. Öffentliche Finanzwirtschaft (ÖFWi)
8.3 Staatliches Haushaltsrecht (StHR)

II. Hauptlehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Aufstellungsgrundsätze</u>	GK	
11	Jährlichkeit		
12	Vorherigkeit (Interimszeit)		
13	Vollständigkeit		
14	Einheit		
2	<u>Mittelbewirtschaftung</u>		
21	Begriff		
22	Zuständigkeit		
23	Mittelverteilung		
24	Haushaltsüberwachung		
25	Kassenanordnung		
3	<u>Gemeinsam geltende Grundsätze für die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans des Landes</u>	NK	
31	Fälligkeitsprinzip/Verpflichtungsermächtigungen		
32	Bruttoprinzip/Absetzungen		
33	Zeitliche Bindung/Übertragung		
34	Einzelveranschlagung		
35	Sachliche Bindung/Deckungsfähigkeit		
	Gesamtstunden		22

8. Öffentliche Finanzwirtschaft (ÖFWi)

8.3 Staatliches Haushaltsrecht (StHR)

III. Abschlusslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Fortführung Hauptlehrgang</u>		
11	Gesamtdeckung/Zweckbindung		
12	Größenmäßige Bindung/über- u. außerplanmäßige Haushaltsmittel		
	Gesamtstundenzahl		10

8.4 Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Kommunales Abgabenrecht

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabetsleiter des Unterrichtsfachs KAR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Frau Annen, Frau Bersch, Herr Weiler
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	<p><u>Fachlich- inhaltliche und methodische Kompetenzen:</u></p> <p>Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage,</p> <ul style="list-style-type: none"> – die kommunalen Abgabearten, ihre Unterscheidungsmerkmale und Rechtsgrundlagen sowie abgaben-rechtliche Grundbegriffe zu erläutern, – die abgabenrechtlichen Kompetenzen der kommunalen Gebietskörperschaften bei den Realsteuern darzustellen (insbesondere Hebesatz-, Ertrags- und Verwaltungskompetenz), – die Grundlagen und Besonderheiten des Abgabenverfahrensrechts nach der Abgabenordnung zu erläutern und fallbezogen anzuwenden, – den Steuergegenstand und den Steuerschuldner, die Bemessungsgrundlagen zu ermitteln, die Abgabenhöhe sowie Vorauszahlungen für die Gewerbe- und

	<p>Grundsteuer anhand der einschlägigen Rechtsgrundlagen zu errechnen und das Abgabungsverfahren für diese beiden Steuerarten für den Bürger verständlich darzustellen,</p> <ul style="list-style-type: none"> – steuerliche Nebenleistungen zu errechnen und geltend zu machen, – die Grundsätze der Erhebung von öffentlich-rechtlichen Entgelten zu erläutern.
Art der Lehrveranstaltung	<p><u>Kontaktlehre:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> – Lehrgespräch mit mediengestützter Präsentation – praxisbezogene Übungen – Gruppenarbeit – Vortrag / Präsentation / Referat – Prüfungsvorbereitung <p><u>Eigenarbeit:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> – Vor- und Nachbereitung – Vorbereitung von Vorträgen/Präsentationen/Referaten – Internet (Recherche) – Prüfungsvorbereitung – Gruppenarbeit

8. Öffentliche Finanzwirtschaft (ÖFWi)

8.4 Kommunales Abgabenrecht (KAR)

II. Hauptlehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- Art	Std.- zahl
1	<u>Abgabenrechtliche Grundbegriffe</u> <u>Begriffe/Unterscheidungsmerkmale/Rechtsgrundlagen</u>	GK	
11	Kommunale Abgaben, Steuern, Gebühren, Beiträge, Abgaben besonderer Art, Öffentlich-rechtliche Entgelte, Steuerliche Nebenleistungen		
2	<u>Kommunale Abgabenhoeheit</u> <u>Begriff/Kompetenzen im Einzelnen</u> dargestellt am Beispiel der Realsteuern; insbesondere Hebesatzkompetenz, Ertragskompetenz und Verwaltungskompetenz		
3	<u>Grundzüge des Verfahrensrechts nach der Abgabenordnung (AO)</u>		
31	Anwendbarkeit der AO auf kommunale Abgaben		
32	Entstehen/Erlöschen von Ansprüchen		
33	Durchführung des Abgabenverfahrens		
331	Abgabenermittlungsverfahren: Grundsätze, Befugnisse der Finanzbehörden, Mitwirkungspflichten des Abgabepflichtigen		
332	Abgabefestsetzungsverfahren: Arten, Form, Inhalt, Bekanntgabe von Verwaltungsakten im Abgabenrecht, Grundlagenbescheide, Abgabenbescheide, Festsetzungsverjährung, Rechtsbehelfe und Rechtsmittel		
	Gesamtstundenzahl		26

8. Öffentliche Finanzwirtschaft (ÖFWi)
8.4 Kommunales Abgabenrecht (KAR)

III. Abschlusslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- Art	Std.- zahl
1	<p><u>Grundzüge des Verfahrensrechts nach der Abgabenordnung (AO)</u> <u>Fortführung Hauptlehrgang</u></p> <p><u>Abgabenerhebungsverfahren</u></p> <p>Voraussetzungen der Abgabenerhebung, Zahlungsverjährung, Billigkeitsmaßnahmen</p>	GK	
2	<p><u>Gewerbsteuer</u></p> <p>Steuergegenstand, Durchführung des Verfahrens, Steuerschuldner, Berechnung der Gewerbsteuer, Zerlegung, Vorauszahlungen</p>		
3	<p><u>Grundsteuer Stand 01.01.2025</u></p> <p>Steuergegenstand, Durchführung des Verfahrens Steuerschuldner, Persönliche und dingliche Haftung, Berechnung der Grundsteuer Grundsteuerfestsetzung, Grundsteuererlass nach §§ 32 ff. GrStG</p>		
4	<p><u>Steuerliche Nebenleistungen</u></p> <p>Begriff, Rechtsgrundlagen, Berechnungen von Nachzahlungs-, Stundungszinsen und Säumniszuschlägen</p>		
	Gesamtstundenzahl		28

8.5 Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Doppik/Rechnungswesen

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabetsleiter ÖFWi an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Lenz, Herr Müller M., Herr Dr. Winggen
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	<p><u>Fachlich- inhaltliche und methodische Kompetenzen:</u></p> <p>Vermittlung von betriebswirtschaftlichem Grundlagenwissen auf dem Gebiet des externen Rechnungswesens im Bereich der Verwaltungen mit kaufmännischem Rechnungswesen. (Kommunen; DRV, LBM, öffentliche Betriebe)</p> <p>Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage,</p> <ul style="list-style-type: none"> – Aufbau und Inhalt von Inventur und Inventar zu erklären und an Inventurarbeiten teilzunehmen, – Aufbau und Inhalt einer Bilanz zu verstehen und die Auswirkung von Geschäftsvorgängen auf die Bilanz nachzuvollziehen, – Geschäftsvorgänge eigenständig zu verbuchen, – Kernelemente der kommunalen Doppik zu verstehen und deren Auswirkungen zu erklären.
Art der Lehrveranstaltung	<u>Kontaktlehre:</u>

	<ul style="list-style-type: none">- Lehrgespräch mit mediengestützter Präsentation sowie praxisbezogene Übungen und Fallanalysen- Gruppenarbeit und Prüfungsvorbereitung <p><u>Eigenarbeit:</u></p> <ul style="list-style-type: none">- Vor- und Nachbereitung- Falllösungen- Gruppenarbeit
--	--

8. Öffentliche Finanzwirtschaft (ÖFWi)
8.5 Doppik/Rechnungswesen (D/RW)

I. Einführungslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- Art	Std.- zahl
1	<u>Einführung in das Rechnungswesen</u>	GK	
11	Begriff des Rechnungswesens		
12	Aufgaben des Rechnungswesens		
13	Rechnungswesenssysteme: Verwaltungskameralistik, Doppik (kaufmännische und kommunale Doppik mit Rechtsvorschriften und GoB's), KLR		
14	Doppischer Haushalt		
2	<u>System der Doppik</u>	NK	
21	Inventur, Inventar, Bilanz		
211	Inventar		
212	Inventur		
213	Aufbau des Inventars		
214	Zusammenhang Inventar und Bilanz		
22	Bilanz als Ausgangspunkt der doppelten Buchführung		
23	Buchung auf Bestandskonten		
24	Buchung auf Erfolgskonten		
25	Kontenrahmen		
26	Kommunale Doppik		
261	Bilanz und Ergebnisrechnung im Drei-Komponenten-System		
262	Grundbegriffe des Rechnungswesens im Zusammenhang mit dem Drei-Komponenten-System		
3	<u>Verbuchung ausgewählter Vorgänge</u>	NK	
31	Buchungen im Personalbereich		
311	Anschaffung von Sachanlagen		
312	Erfassung und Verbuchung der Abschreibung		
313	Verkauf von Sachanlagen		

32	Buchungen im Finanzbereich		
----	----------------------------	--	--

8. Öffentliche Finanzwirtschaft (ÖFWi)

8.5 Doppik/Rechnungswesen (D/RW)

I. Einführungslehrgang

Kennziffer	Lerninhalte	Kenntnis-Art	Std.-zahl
321	Verbuchung von Skonti, Boni, Rabatte/Umsatzsteuer		
322	Buchungen auf Finanzrechnungskonten in der Kommunalverwaltung		
33	Zeitliche Abgrenzung		
4	<u>Jahresabschluss nach HGB</u>	GK	
41	Bilanzierungs- und Bewertungsregeln		
42	Allgemeine Grundsätze für die Aufstellung der Bilanz		
5	<u>Jahresabschluss im Doppischen Haushalt</u> <u>Finanzrechnung, Ergebnisrechnung, Vermögensrechnung</u>	NK	
6	<u>Fallbearbeitung</u>		
	Gesamtstundenzahl		36

9. Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Baurecht

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabetsleiter des Unterrichtsfachs BauR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Becker P., Herr Birtel-Kaldenhoff, Herr Heib, Herr Lenk
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	Die Anwärtinnen und Anwarter sind in der Lage, <ul style="list-style-type: none"> - die Grundlagen des Baurechts zu erläutern, - die Gegenstände des Bauordnungs- und Bauplanungsrechts dem Einzelfall zuzuordnen, - das Zusammenspiel zwischen bauplanungsrechtlichen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften zu erkennen.
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Lehrgespräche mit mediengestützter Präsentation - praxisbezogene Übungen - Gruppenarbeit - Prüfungsvorbereitung

9. Baurecht (BauR)

II. Hauptlehrgang

Kennziffer	Lerninhalte	Kenntnisart	Std.-zahl
1	<u>Allgemeines</u> Gegenstände und gesetzliche Ausgestaltung des Baurechts	Ü	
2	<u>Bauordnungsrecht I</u>		
21	Aufgaben		
22	Anwendungsbereich der LBauO		
221	Baufreiheit und Genehmigungspflicht (§§ 70 Abs. 1 S.1 und 61 LBauO)	NK	
222	Begriff der baulichen Anlage (§ 2 Abs. 1 LBauO)		
223	Andere Anlagen und Einrichtungen i.S.d. § 1 Abs. 1 S. 2 LBauO (insbes. Werbeanlagen und Warenautomaten)	GK	
224	Genehmigungsbedürftige und genehmigungsfreie Vorhaben (§ 61 LBauO)	NK	
23	Materielle Voraussetzungen der Baugenehmigung (§ 70 Abs. 1 S. 1 LBauO)	Ü	
231	- bauordnungsrechtliche Vorschriften		
232	- sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften		
3	<u>Zulässigkeit von Vorhaben nach dem BauGB</u>		
31	Grundsätze der §§ 29 BauGB		
311	- die verschiedenen Planbereiche	GK	
312	- der Begriff Vorhaben i.S.d. § 29 Abs. 1 BauGB	Ü	
32	Zulässigkeit von Vorhaben im Bereich eines Bebauungsplanes		
321	- sog. qualifizierter Bebauungsplan (§ 30 Abs. 1 BauGB)	NK	
322	- Vorhabenbezogener Bebauungsplan (§ 30 Abs. 2 BauGB) und einfacher Bebauungsplan (§ 30 Abs. 3 BauGB)	Ü	
323	Exkurs: § 67 LBauO		
33	Ausnahmen und Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes (§ 31 BauGB)		
331	- Ausnahmen (§ 31 Abs. 1 BauGB)	GK	
332	- Befreiungen (§ 31 Abs. 2 BauGB)	Ü	
34	Exkurs: BauNVO	GK	
35	Zulässigkeit im sog. Innenbereich (§ 34 Abs. 1 – 2 BauGB)		



9. Baurecht (BauR)

II. Hauptlehrgang

Kenn- ziffer	Unterrichtsgegenstand	Kenntnis- art	Std.- zahl
36	Zulässigkeit im Außenbereich (§ 35 Abs. 1 – 3 BauGB)		
37	Beteiligung der Gemeinden nach § 36 BauGB		
4	<u>Bauleitplanungsrecht</u>		
41	Grundlagen (Planung, Aufgabe, Planungshoheit)		
42	Die beiden Bauleitpläne		
421	Rechtsnatur und Bindungswirkung	NK	
422	Verhältnis zueinander (u. a. § 8 Abs. 2 S. 1 BauGB)		
423	Zuständigkeit		
424	Inhalt	Ü	
43	Aufstellung der Bauleitpläne		
431	- Verfahrensschritte nach §§ 3 Abs. 2, 6 und 10 BauGB	GK	
432	- übrige Verfahrensschritte	Ü	
44	Planungsgebote und Planungsziele		
5	<u>Bauordnungsrecht II</u>		
51	Bauaufsichtsbehörden	NK	
52	Die verschiedenen Genehmigungsarten (§ 70 Abs. 1 S. 1, § 66 und § 71 LBauO)	Ü	
53	Bauantragsverfahren (insbes. § 63 LBauO)	GK	
6	<u>Fallbesprechungen</u>		
	<u>Wiederholungsstunden</u>		
	Gesamtstundenzahl		44

10. Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Privatrecht

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabelleiter des Unterrichtsfachs PR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Birtel-Kaldenhoff, Frau Breitbach, Herr Brosa, Herr Dr. Heinz, Herr Rankenhohn, Frau Zimmer
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	<p>Fachlich inhaltliche und methodische Kompetenzen</p> <p>Die Anwärterinnen und Anwärter kennen</p> <ul style="list-style-type: none"> - die historischen Wurzeln des Privatrechts, - die Grundbegriffe und Institute des Privatrechts, - den Einfluss der Grundrechte auf das Privatrecht sowie Grenzen der Handlungsmöglichkeiten auch im Vergleich zu privatrechtlichem Handeln der öffentlichen Verwaltung. <p>Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage,</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Prinzipien des Privatrechts zu erläutern, - einfach gelagerte privatrechtliche Probleme einer Lösung zuzuführen, sowohl auf Seiten der Bürger wie auf Seiten der Verwaltung, - die Prinzipien der Rechtsgeschäftslehre, des Besitzes und des Eigentumserwerbs, die Haftung aus unerlaubter Handlung, das Recht der Pflichtverletzungen, einzelne Vertragstypen, sowie Grundzüge des Immobilien-, des Familien- sowie des Erbrechts darzustellen.
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Lehrgespräche mit mediengestützter Präsentation - Gruppenarbeit

	<ul style="list-style-type: none"> - Wiederholende, mündliche Überprüfungen - Hausaufgaben
--	--

10. Privatrecht (PR)

I. Einführungslehrgang

Kennziffer	Lerninhalte	Kenntnisart	Std.-zahl
1	<u>Allgemeiner Teil</u>		
11	Entstehung, Umfang (Abgrenzung zu privatrechtlichen Sondergesetzen) und Gliederung des BGB	Ü	
12	Fristen (nur §§ 186, 187, 188, 193 BGB)	NK	
13	Rechtsgeschäfte		
131	Begriff und Arten der Rechtsgeschäfte (mit Hinweis auf Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte; Abstraktionsprinzip)	GK	
132	Willenserklärung	NK	
1321	Begriff, Bestandteile		
1322	Wirksamwerden		
133	Vertrag		
1331	Begriff; Vertragsfreiheit; wirtschaftlich-sozialer Hintergrund	Ü	
1332	Angebot und Annahme	NK	
134	Form des Rechtsgeschäfts		
1341	Schriftform, vereinbarte Form, notarielle Beurkundung	GK	
1342	Elektronische Form, Textform, öffentliche Beglaubigung	Ü	
1343	Folgen von Formverstößen	GK	
14	Rechtssubjekte		
141	Rechtsfähigkeit	NK	
1411	Natürliche Person		
1412	Juristische Person: Begriff, Zweck, Arten	Ü	
15	Geschäftsfähigkeit, §§ 104 ff. (ohne §§ 110 - 113); Zustimmung, §§ 182-184	NK	
16	Stellvertretung (nur §§ 164, §167)	GK	
2	<u>Sachenrecht</u>		
21	Grundlagen des Sachenrechts	Ü	
22	Eigentum		
221	Begriff, Abgrenzung zum Besitz, wirtschaftliche Bedeutung	GK	

222	Eigentumserwerb an beweglichen Sachen (nur §§ 929, 932, 935)	NK	
224	Herausgabeanspruch (§§ 985, 986)		

10. Privatrecht (PR)

I. Einführungslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
3	<u>Schuldrecht, Besonderer Teil</u> Ungerechtfertigte Bereicherung (nur § 812 Abs. 1 Satz 1. Alt. Satz 1 1. Alt., § 816 Abs. 1)	GK	
4	<u>Fallbesprechungen</u>		
	Gesamtstundenzahl		38



10. Privatrecht (PR)

		II. Hauptlehrgang	
Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Allgemeiner Teil</u>		
11	Gegenrechte (nur Begriff)	GK	
12	Verjährung		
121	Beginn und Fristen (nur §§ 194, 195, 199, 200)		
122	Rechtsfolgen (nur § 214)		
2	<u>Schuldrecht, Allgemeiner Teil</u>		
21	Begriff des Schuldverhältnisses		
22	Arten der Schuldverhältnisse		
23	Wesen und Hauptpflichten von Kauf-, Miet-, Darlehens-, Dienst-, Werkvertrag und Auftrag		
24	Schadensersatz (§§ 249 ff.)		
25	Beendigung von Schuldverhältnissen (nur § 362 Abs. 1)		
26	Stück- und Gattungsschuld		
27	Hol-, Bring- und Schickschuld		
28	Pflichtverletzung		
281	Verantwortlichkeit des Schuldners (§§ 276 – 278)		
282	Befreiungstatbestände (§ 275 Abs. 1)		
283	Schadensersatzhaftung aus Vertrag (§§ 280 Abs. 1, Abs.3, 283 bzw. §§ 280 Abs. 1, 241 Abs. 2)		
284	Schuldnerverzug (§§ 280 Abs. 1, Abs. 2, 286)		
285	Sonderregeln bei gegenseitigen Verträgen (nur § 326 Abs. 1, Abs. 5)		
3	<u>Schuldrecht, Besonderer Teil</u>		
31	Kauf, mit Besonderheiten beim Verbrauchsgüterkauf (nur Nacherfüllungsanspruch des Käufers; ohne Rückgriffshaftung)		
32	Unerlaubte Handlungen: (nur §§ 823 Abs. 1, 831)	NK	



10. Privatrecht (PR)

		II. Hauptlehrgang	
Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
4	<u>Sachenrecht</u> Eigentumserwerb an Grundstück (nur Erwerb vom Berechtigten, §§ 873, 925)	GK	
5	<u>Erb-/Familienrecht</u>		
51	Grundzüge der gesetzlichen und gewillkürten Erbfolge		
52	Verwandtschaftsverhältnisse	Ü	
53	Güterstände		
6	<u>Fallbesprechungen</u> <u>Wiederholungsstunden</u>		
	Gesamtstundenzahl		58

11.1 Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Verwaltungsorganisation

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabitsleiter des Unterrichtsfachs Verwaltungsorganisation an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Becker M., Herr Buttner, Herr Hartmann, Herr Lenz, Frau Marunde, Herr Mattlener, Herr Roselt
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	<p>Die Anwärterinnen und Anwärter</p> <ul style="list-style-type: none"> - besitzen einen umfassenden Überblick über die Zielsetzung und die Inhalte der modernen Organisationsarbeit inklusive der Aspekte aktueller Modernisierungsstrategien, - besitzen vertiefende und anwendungsorientierte Kenntnisse über die zentralen Funktionsbereiche einer Verwaltung, - sind in der Lage, die unterschiedlichen Formen der institutionellen und funktionalen Organisation zu beschreiben und einzuordnen, - besitzen Grundkenntnisse über die zentralen Ansätze und Aktivitäten zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und zur Neugestaltung der Schnittstellen zwischen Verwaltung, Politik und Wirtschaft, - sind mit ausgewählten Methoden der Organisationsarbeit und den Möglichkeiten zur Organisationsentwicklung und Geschäftsprozessoptimierung vertraut, - kennen die unterschiedlichen Organisationsformen des Projektmanagements und können diese exemplarisch anwenden. <p>Sozial- und Selbstkompetenz</p>

	<p>Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage,</p> <ul style="list-style-type: none"> - ihre künftige Rolle im System zu erkennen und die sich hieraus ergebenden Anforderungen zu reflektieren, - die bereichsübergreifende Kooperation zu reflektieren und umzusetzen.
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Lehrgespräche mit mediengestützter Präsentation - praktische Übungen - Einzel- und Gruppenarbeit

11. Verwaltungsbetriebslehre (VbL)

11.1 Verwaltungsorganisation

I. Einführungslehrgang

Kenn- ziffer	Lehrinhalt	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Grundlagen der Organisation</u>	GK	
11	Organisationskultur und -struktur in der öffentlichen Verwaltung		
12	Entstehung und Gestaltung von Organisationseinheiten sowie neuer Managementstrukturen		
	Gesamtstundenzahl		18

11. Verwaltungsbetriebslehre (VbL)**11.1 Verwaltungsorganisation****II. Hauptlehrgang**

Kenn- ziffer	Lehrinhalt	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Organisationsmanagement</u>	GK	
11	Ausgewählte Methoden und Instrumente der Organisationsarbeit		
12	Gestaltung und Optimierung der Ablauforganisation		
Gesamtstundenzahl			22

11.2 Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Informationstechnik

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabitsleiter des Unterrichtsfachs IT an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Augustin, Herr Karst, Herr Mattlener, Herr Regnier
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	<p>Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage,</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Tabellenkalkulationen zu erstellen, zu formatieren und zu verwenden, - einfache Datenbanken anzulegen, Daten einer Datenbank auszuwerten und zu verknüpfen, - E-Mail-Kommunikation zu betreiben sowie PC-unterstützte Termin- und Aufgabenplanung durchzuführen, - einen Rechner (PC/Client) zu bedienen, - die grundlegenden Arbeitsschritte, die für das Erstellen, Formatieren und Fertigstellen eines typischen Textverarbeitungsdocuments erforderlich sind, anzuwenden, - Serienbriefe und Formatvorlagen einzurichten und zu verwenden.
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Unterricht im Computerlabor - Lehrgespräch mit mediengestützter Präsentation - Praktische Übungen am PC - Einzel- und Gruppenarbeit

11. Verwaltungsbetriebslehre (VbL)

11.2 Informations- und Kommunikationstechniken (IT)

I. Einführungslehrgang

Kenn-ziffer	Lerninhalte	Kenntnis-art	Std.-zahl
1	<u>Einführung: IT in der öffentlichen Verwaltung</u>	Ü	
2	<u>Komponenten eines DV-Systems</u>	GK	
21	Hardware – Software		
22	Windows-Explorer, Datenorganisation		
3	<u>Textverarbeitung – I – Grundlagen</u>	NK	
31	Allgemeines		
32	Textbearbeitung, Gestaltung und Formatierung		
33	Menüstruktur (Anpassen / Optionen) und Funktionsleiste		
34	AutoText, AutoKorrektur		
35	Kopf- und Fußzeilen; Einfügen von Instruktionen (Datum, Seitenzahl, Felder etc., ausgeblendeter Text, Fußnoten)		
4	<u>Präsentationsprogramme</u>		
41	Grundlagen der Präsentationstechnik		
42	Foliengestaltung		
43	Bildschirmpräsentation (Animationseffekte)		
5	<u>Tabellenkalkulation – I Grundlagen</u>		
51	Allgemeines		
52	Funktionen und Umfang		
53	Anlegen, Bearbeiten, Formatieren von Tabellen und Datenblättern; Datenaustausch zwischen Datenblättern		

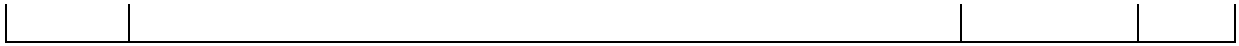


11. Verwaltungsbetriebslehre (VbL)

11.2 Informations- und Kommunikationstechniken (IT)

I. Einführungslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
54	Anwendung von Formeln und Funktionen		
55	Drucken von Tabellen		
6	<u>Datenschutz / Datensicherung / Digitale Signatur</u> <u>Verschlüsselung</u>	GK	
	Gesamtstundenzahl		32



11. Verwaltungsbetriebslehre (VbL)

11.2 Informations- und Kommunikationstechniken (IT)

II. Hauptlehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Tabellenkalkulation – II – Vertiefung</u>	GK	
11	Graphische Darstellung von Tabellendaten		
12	Verknüpfungen von Tabellen		
13	Austausch von Tabellendaten mit anderen Anwendungen		
2	<u>Datenbankanwendungen</u>		
21	Module eines DB-Systems (Tabelle, Abfrage, Formular, Bericht)		
22	Arbeiten mit Assistenten / DB-Entwurf		
23	Erstellen einer DB; Elemente eines Datensatzes		
3	<u>Textverarbeitung – II – Vertiefung</u>		
31	Erstellen und Anwenden von Formatvorlagen		
32	Serienbrieffunktion		
33	Einfügen von Fremd-Tabellen		
34	Druckoptionen		
4	<u>Bürokommunikation, Büroanwendungen</u>	Ü	
41	Begriff und Bedeutung		
42	Internet:		
42	Abgrenzung Internet – Extranet (z. B. rlp-Netz) - Intranet; Informationsangebote, z. B. KosDirect, rlp-direkt		
43	Büroanwendung (z. B. MS-Outlook): E-Mail (Verfassen, Versenden, Empfangen, Verwalten); Adressverzeichnis/Kontakte, Terminplanung, Besprechungen, Aufgabenplanung, Ressourcenplanung	GK	
5	<u>Fallbesprechungen</u>		

12. Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Methodik der Rechtsanwendung

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabitsleiter des Unterrichtsfachs MdR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Birtel-Kaldenhoff, Herr Eckhardt, Herr Jagatic, Herr Dr. Konrad, Herr Rankenhohn, Frau Schmitt, Herr Wagner, Frau Weil, Frau Zimmer
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage: <ul style="list-style-type: none"> - die Grundlagen des Rechts einzuordnen, Subsumtions- und Klausurtechnik anzuwenden sowie die Bescheidtechnik in der Praxis anzuwenden.
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Unterricht in Form des Lehrgesprächs - Bibliotheksbesuch - Übungen und Fallbesprechungen

12. Methodik der Rechtsanwendung (MdR)

I. Einführungslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Technik der geistigen Arbeit: Informationsaufnahme und –verarbeitung</u>	GK	
11	Aufnehmen des geschriebenen Wortes		
111	Fachliteratur		
112	Effektives Lesen		
113	Arbeiten mit der Bibliothek		
114	Zitierweise		
12	Aufnehmen des gesprochenen Wortes		
121	Richtiges Zuhören		
122	Mitschreiben, insbesondere Notizen		
2	<u>Methoden der Rechtsanwendung</u>	NK	
21	Begriff und Struktur des Rechtssatzes		
22	Anwendung des Rechtssatzes		
221	Feststellung des rechtserheblichen Sachverhalts		
222	Heranziehen der in Betracht kommenden Rechtssätze		
223	Subsumtion		
224	Rechtlicher Schluss		
225	Darstellung des Lösungsvorganges und des Ergebnisses: Lösungsskizze; Gutachtensstil		
3	<u>Formen der schriftlichen Informationsweitergabe</u>	GK	
31	Darstellung von Sachverhalten: Aktenvermerk, Niederschrift, Bericht		
32	Darstellung eigener Gedankenentwicklung: Stellungnahme, Gutachten, Entscheidung		
4	<u>Fallbesprechungen</u>		
	Gesamtstundenzahl		20

12. Methodik der Rechtsanwendung (MdR)			
II. Hauptlehrgang			
Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Rechtsfindung, insbesondere Auslegung und Analogie</u>	GK	
2	<u>Bescheidtechnik: Arten, Form und Aufbau von Bescheiden</u>		
Gesamtstundenzahl			10

12. Methodik der Rechtsanwendung (MdR)

III. Abschlusslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Vertiefende Übungen zur Rechtsanwendung im Gutachtenstil sowie in der Bescheidtechnik</u> <u>Prüfungs- und Klausurtechnik</u>	NK	
	Gesamtstundenzahl		10

13. Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Interaktion und Kommunikation

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabitsleiter des Unterrichtsfachs IK an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Frau Dr. Ehlers, Herr Fournier, Frau Dr. Jesse, Herr Helfrich, Frau Dr. Ludwig
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele	<p>Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage,</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Spannungsfeld ihres zukünftigen Arbeitsplatzes einzuschätzen, - Kommunikationsprozesse zu analysieren, - sich verständlich auszudrücken, - die Prinzipien der allgemeinen und der sozialen Wahrnehmung sowie deren Verzerrungen und Beurteilungsfehler zu erkennen, - Entwicklungsphasen von Teams zu unterscheiden und Kommunikationsprozesse in Teams zu analysieren, - Führungskonzepte zu beschreiben.
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> - Psychologische Aspekte der Kommunikation - Soziale Wahrnehmung - Teamorientiertes Arbeiten - Gesprächsführung

13. Interaktion und Kommunikation (IK)

I. Einführungslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- Zahl
1	<u>Soziologie und Psychologie: sozialwissenschaftliche Erkenntnisse für das Handeln in der Verwaltung</u>	Ü	
2	<u>Soziale Wahrnehmung</u>	GK	
21	Allgemeine Wahrnehmung		
22	Personenwahrnehmung und Beurteilungsfehler		
23	Vorurteile und Einstellungen		
24	Wahrnehmung und Informationsvermittlung		
3	<u>Kommunikation</u>		
31	Kommunikationsmodelle		
32	Körpersprache		
33	Verständlichkeit		
	Gesamtstundenzahl		18



13. Interaktion und Kommunikation (IK)

II. Abschlusslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- zahl
1	<u>Gesprächsführung und Verhaltenstechniken: Schwierige Gesprächssituationen und Strategien der Konfliktbewältigung</u>	NK	10
11	Gesprächsstrategien		
12	Umgang mit Beschwerden		
13	Vermittlung schlechter Nachrichten		
14	Umgang mit Affekten		
2	<u>Teamorientiertes Arbeiten</u>	GK	10
21	Soziale Gruppen		
22	Gruppenstrukturen und Kommunikation		
23	Führungsmodelle		
24	Aufgaben- und Mitarbeiterorientierung		
25	Partizipation und Teamorientierung		
	Gesamtstundenzahl		20

14. Wahlpflichtfach Sitzungsmanagement

Vorkenntnisse:	Grundlagenfächer, Kommunalrecht
Verantwortlicher	Herr Schmorleiz
Dozentinnen/Dozenten	Herr Minor, Herr Böhle, Herr Römer, Herr Schäfer, Herr Schmorleiz, Herr Wagner
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele:	<p>Fachlich-inhaltliche und methodische Kompetenzen:</p> <p>Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage,</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sitzungsvorlagen für Ausschüsse und den Gemeinderat zu erstellen, - die Tagesordnung für eine Gremiensitzung (Gemeinderat, Ausschuss) zu erstellen, - Gremiensitzungen fachlich kompetent zu begleiten, - Gremiensitzungen nachzubereiten, - Niederschriften der Gremiensitzungen zu erstellen.
Lerninhalte:	<p>Vorlagenarten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beschlussvorlage, - Unterrichtungsvorlage <p>Erstellung von Sitzungsvorlagen</p> <p>Aufstellung der Tagesordnung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Form der Sitzung - Standardtagesordnungspunkte - Gesetzliche Tagesordnungspunkte - Reihenfolge der Tagesordnungspunkte <p>Vorbereitung von Sitzungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anforderungen an den Sitzungssaal

	<ul style="list-style-type: none"> - Sitzordnung - notwendiges Equipment <p>Bedeutung der Geschäftsordnung</p> <p>Sitzungsablauf:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Änderungen der Tagesordnung - Antragsrechte - Reihenfolge der Abstimmung <p>Sitzungsnachbereitung, Erstellen von Niederschriften</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beschlussformulierung - Bestandteile der Niederschrift - Fertigung von Niederschriften
Art der Lehrveranstaltung:	<ul style="list-style-type: none"> - Lehrgespräch mit mediengestützter Präsentation - Praktische Übungen - Gruppenarbeit - Rollenspiele - Präsentation

15. Wahlpflichtfach Kassenwesen

Vorkenntnisse:	Grundlagenfächer, Kassenrecht
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabetsleiter ÖFWi an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	–
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele:	<p>Fachlich-inhaltliche und methodische Kompetenzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vermittlung von finanzwirtschaftlichem Grundlagenwissen im Bereich des kommunalen und staatlichen Kassenrechts. <p>Die Anwärterinnen und Anwärter sind in der Lage,</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Bedeutung, Aufgaben und rechtlichen Grundlagen der Gemeindekasse zu erläutern, - die Organisation der Gemeindekasse, die besondere Stellung der Kassenverwalterin/des Kassenverwalters und der Kassenbeschäftigten sowie die Bedeutung von Handkassen und Sonderkassen darzustellen, - die Voraussetzungen für den Einsatz von automatisierten Verfahren zu prüfen, - die Bedeutung und verschiedenen Arten der Kassenanordnungen und die Befugnis zur Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit zu erkennen sowie die Behandlung von fehlerhaften Kassenanordnungen darzustellen, - die unterschiedlichen Möglichkeiten des Zahlungsverkehrs zu beschreiben, - auf den wirtschaftlichen Einsatz der Kassenmittel und die sichere Verwahrung von Wertgegenständen zu achten,

	<ul style="list-style-type: none"> - die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aus kassenrechtlicher Sicht und den Tages- und Jahresabschluss zu erläutern, - das Prüfungswesen für die Gemeindekasse darzustellen, - die Aufgaben der Gemeindekasse als Vollstreckungsbehörde sowie ausgewählte Aspekte des Insolvenzrechts zu beschreiben <p>und</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Besonderheiten des staatlichen Kassenrechts gegenüber dem kommunalen Kassenrecht zu erkennen und zu erläutern.
Lerninhalte:	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunales Kassenrecht <p>Gemeindekasse</p> <ul style="list-style-type: none"> - Aufgaben und Bedeutung - rechtliche Grundlagen - Dienstanweisung - Einheitskasse - Kassenverwalter und –beschäftigte - Einrichtung und Geschäftsgang - Handkassen - Sonderkassen <p>Automatisierte Verfahren</p> <ul style="list-style-type: none"> - Voraussetzungen <p>Anordnungswesen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Anordnungszwang, Kassenanordnungen und andere Belege, sachliche und rechnerische Richtigkeit, Anordnungsbefugnisse, Behandlung fehlerhafter Kassenanordnungen <p>Zahlungsverkehr</p> <p>Verwaltung der Kassenmittel</p> <p>Verwahrung von Wertgegenständen</p> <p>Buchführung aus kassenrechtlicher Sicht</p> <p>Tagesabschluss</p> <p>Jahresabschluss</p>

	<p>Prüfungswesen</p> <p>Kasse als Vollstreckungsbehörde</p> <p>Ausgewählte Aspekte des Insolvenzrechts</p> <ul style="list-style-type: none">• Staatliches Kassenrecht<ul style="list-style-type: none">- Besonderheiten des staatlichen Kassenrechts
Art der Lehrveranstaltung:	<ul style="list-style-type: none">- Lehrgespräch mit mediengestützter Präsentation- praxisbezogene Übungen- Gruppenarbeit- Vortrag/Präsentation/Referat

**16. Wahlpflichtfach
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) / Bürgergeld**

Vorkenntnisse:	Grundlagenfächer, SoSR
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabetsleiter des Unterrichtsfachs SoSR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Herr Maximini, Herr Meudt, Herr Römer
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele:	<p>Fachlich-inhaltliche und methodische Kompetenzen:</p> <p>Die Anwärterinnen und Anwärter können</p> <ul style="list-style-type: none"> - den zuständigen Grundsicherungsträger bestimmen und kennen die wesentlichen Verfahrensvorschriften - den grundsicherungsrechtlichen Bedarf das Einkommen und Vermögen ermitteln, - kennen das Instrument der Bedarfsgemeinschaft und können die Hilfebedürftigkeit feststellen - das Nachrangprinzip anwenden und vorrangige Leistungsansprüche erkennen, - Kostenersatzansprüche geltend machen, - Korrekturvorschriften anwenden und Verwaltungsakte korrigieren.
Lerninhalte:	<ul style="list-style-type: none"> - Zuständigkeit, Verwaltungsverfahren, Form - Feststellung des notwendigen Lebensunterhaltes - Selbsthilfemöglichkeiten durch den Einsatz von Einkommen und Vermögen - Verpflichtungen anderer - Kostenersatz bei sozialwidrigem Verhalten - Bescheidkorrektur und Rückforderung zu Unrecht gewährter Leistungen

	- Verursacherhaftung
Art der Lehrveranstaltung:	<ul style="list-style-type: none">- Lehrgespräch- Praktische Übungen- Gruppenarbeit

17. Wahlpflichtfach Personal- und Organisationsmanagement

Vorkenntnisse:	Grundlagenfächer, IK und VbL
Verantwortlicher	Herr Buttner, Frau Marunde, Herr Roselt
Dozent	Herr Buttner, Frau Marunde, Herr Roselt
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele:	<p>Fachlich-inhaltliche und methodische Kompetenzen:</p> <p>Die Anwärterinnen und Anwärter</p> <ul style="list-style-type: none"> - können die Ziele und die Inhalte eines wertschöpfenden Personalmanagement beschreiben, - steigern ihre individuelle Leistungs-fähigkeit bei gleichzeitiger Erhöhung des persönlichen Wohlbefindens, - sind in der Lage, die Bedeutung und Ansätze der systematischen Personalentwicklung einschließlich einer Persönlichkeitsentwicklung zu erläutern.
Lerninhalte:	<ul style="list-style-type: none"> - Grundlagen des Personalmanagement - Konzept der Personalentwicklung - Stressbewältigung im Arbeitsalltag - Persönlichkeitsentwicklung als Grundlage der individuellen Leistungsfähigkeit
Art der Lehrveranstaltung:	<ul style="list-style-type: none"> - Lehrgespräch mit mediengestützter Präsentation - Praktische Übungen - Einzel- und Gruppenarbeit

18. Wahlpflichtfach Öffentliche Sicherheit/Vollstreckung

Vorkenntnisse:	Grundlagenfächer, Allg. Ordnungsrecht
Verantwortliche	jeweiliger Studiengabetsleiter des Unterrichtsfachs GAR an der HöV
Dozentinnen/Dozenten	Frau Hering, Herr Jagatic, Herr Dr. Konrad, Herr Kock, Frau Schmitt, Frau Weil, Frau Zimmer
Lehrbeauftragte	Lehrbeauftragte der ZVS Mayen
Kompetenzziele:	<p>Fachlich-inhaltliche und methodische Kompetenzen:</p> <p>Die Anwärtinnen und Anwärter sind in der Lage,</p> <ul style="list-style-type: none"> - die vollstreckungsrechtlichen Grundbegriffe einzuordnen, - die Zwangsmittel in ihrer Bedeutung zu erkennen und anzuwenden, - das Verfahren der Vollstreckung zu organisieren, - Zwangsmittel von unmittelbarer Ausführung zu unterscheiden, - die wichtigsten vollstreckungsrechtlichen Fallgestaltungen rechtlich zu beurteilen.
Lerninhalte:	<p>Grundbegriffe der Vollstreckung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Rechtsvorschriften - Vollstreckungsbehörde, Vollstreckungs-/Vollzugs-/Hilfspolizeibeamter; Regelungen hierfür - Vollstreckungsverfahren; Pfändung ins bewegliche und unbewegliche Vermögen sowie in Forderungen - Vollstreckungshilfe - Vollstreckung gegen Hoheitsträger - Befugnisse bei der Vollstreckung; - Vollstreckung zur Nachtzeit - Vollstreckbare Urkunden

	<ul style="list-style-type: none"> - Vollstreckung wegen privatrechtlicher Geldforderungen Vollstreckung von Verwaltungsakten - Begriffe, einzelne Zwangsmittel (ohne Waffengebrauch durch unm. Zwang) - Gestrecktes Vollstreckungsverfahren - Androhung - Sofortiger Vollzug - Grundsatz der Verhältnismäßigkeit - Kostenersatz Unmittelbare Ausführung - Abgrenzung von der Vollstreckung - Voraussetzungen - Kostenersatz Sonderfälle - Abschleppen von Kfz im ruhenden Straßenverkehr - Töten von Tieren - Öffnen von Eingängen, insbesondere bei Wohnungen
Art der Lehrveranstaltung:	<ul style="list-style-type: none"> - Lehrgespräch mit mediengestützter Präsentation sowie praxisbezogene Übungen und Fallanalysen - Gruppenarbeit - Prüfungsvorbereitung - EDV-Präsentationen

19. Lehrveranstaltungen des Unterrichtsfachs Straßenrecht

Die Anwärterinnen und Anwärter des LBM erhalten zwar gesonderten Unterricht, sie sind aber genauso Schülerinnen und Schüler der ZVS wie die Anwärterinnen und Anwärter anderer Dienstherrn. Für sie gilt auch der gesamte Stoffplan mit Ausnahme des Fachs „Recht der sozialen Sicherung“, an dessen Stelle das Fach „Straßenrecht“ und das dazugehörige entsprechende Wahlpflichtfach tritt.

Veranstaltungsart	Pflichtveranstaltung
Verantwortlicher	Herr Schumacher, LBM
Dozentinnen/Dozenten	/
Lehrbeauftragte	Herr Schumacher, Herr Ganz, Herr Göbel
Kompetenzziele	<ul style="list-style-type: none"> – Die Anwärterinnen und Anwärter kennen – die Grundzüge der Straßenbaulast, des Grunderwerbs- und Entschädigungsrecht, – die Grundzüge des Straßengebrauchs, der Eigentumsbeschränkungen des Straßennachbarn und kreuzungsrechtlichen Bestimmungen des Gewässer- und Eisenbahnkreuzungsrechts, – des straßenrechtlichen Anhörungs- und Planfeststellungsverfahrens.
Lerninhalte	<ul style="list-style-type: none"> – Straße als öffentliche Sache – Straßenbaulast, -bau, -unterhaltung, -gebrauch, – Öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen des Straßennachbarn, – Planfeststellungsverfahren und Planfeststellungsbeschluss, – Grunderwerb und Enteignung, – Betrieb der öffentlichen Straße, Kreuzungsrecht .
Art der Lehrveranstaltung	

	<ul style="list-style-type: none">- Lehrgespräch mit mediengestützter Präsentation- praktische Übungen- Gruppenarbeit- Rollenspiele- Präsentation
--	---

19. Straßenrecht (StR)

I. Einführungslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- Zahl
1	<u>Einführung</u>		
11	Begriff, Entwicklung, Entstehungsgeschichte	Ü	
12	Aufbau, Organisation, Aufgaben des Landesbetriebes Mobilität, Rheinland-Pfalz Rechtsquellen		
13	Verfassungsrechtliche Grundlagen Aufteilung der Gesetzgebungskompetenz zwischen Bund und Ländern Aufteilung der Straßenbauaufgaben zwischen Staat Und kommunaler Selbstverwaltung Bundesauftragsverwaltung		
14	Bundes- und Landesgesetzgebung Nachrangige Rechtsnormen, Gewohnheitsrecht		
2	<u>Straße als öffentliche Sache</u>		
21	Öffentliche und private Straße	GK	
22	Straßengrundstücke, Straßenkörper		
23	Abgrenzung zu anderen Anlagen		
24	Widmung: Wesen, Bedeutung, Rechtsgrundlagen		
25	Ein- und Umstufung		
26	Einziehung		
3	<u>Straßenplanung</u>		
31	Straßenplanung im System der öffentlichen Planungen	GK	
32	Rahmenplanung für das örtliche Straßennetz		
33	Vorbereitende überörtliche Planung (Linienführung, Festlegung von Planungsgebieten, Rechtsnatur der Festlegungen, Verfahren)		

19. Straßenrecht (StR)

I. Einführungslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- Zahl
4	<u>Straßenbaulast, Bau, Unterhaltung</u>		
41	Straßenbaulast Wesen der Straßenbaulast, Inhalt und Schranken Träger der Straßenbaulast	GK	
42	Ortsdurchfahrten Baulastwechsel Voraussetzungen für den Baulastwechsel Gewährspflicht des bisherigen Straßenbaulastträgers	GK	
43	Straßeneigentum Eigentumsübergang bau Baulastwechsel Abgrenzung des Eigentums bei Kreuzungen, Einmün- dungen und Kreuzungsbauwerken Grundbuchberichtigung bei Baulastwechsel		
44	Straßenbaulast Dritter		
5	<u>Straßengebrauch</u>		
51	Gemeingebrauch Rechtsgrundlagen Inhalt und Schranken	GK	
52	Gesteigerter Gemeingebrauch (Anliegergebrauch) Rechtsgrundlagen Begriff des Anliegers Zugang/Zufahrt Zutritt von Licht und Luft		
53	Sondernutzung Rechtsgrundlagen Abgrenzung zum Gemeingebrauch Sondernutzungserlaubnis		
54	Sonstiger Gebrauch Rechtsgrundlagen Abgrenzung zum Gemeingebrauch und Sondernutzung Vertragsarten		

19. Straßenrecht (StR)

I. Einführungslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- Zahl
6	<u>Öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen des Straßennachbarn</u>		
61	Bauverbot und Baubeschränkung an öffentlichen Straßen Rechtsgrundlagen	GK	
62	Anlagen der Außenwerbung Rechtsgrundlagen		
	Gesamtstundenzahl		22

19. Straßenrecht (StR)

II. Hauptlehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- Zahl
1	<u>Verbindliche überörtliche Straßenplanung, Planfeststellung</u>		
11	Grundlagen, Wesen, Bedeutung	NK	
12	Planfeststellung im System des Planungsrechts Rechtsgrundlagen Gegenstand, räumlicher Umfang, Zeitpunkt Erforderlichkeit der Planfeststellung bei Neubau und Änderung		
13	Umweltverträglichkeitsprüfung		
14	Fälle von unwesentlicher Bedeutung (Abstimmungsver- fahren)		
15	Plangenehmigung		
16	Folgemaßnahmen		
17	Zusammentreffen mehrerer planfeststellungspflichtiger Vorhaben		
2	<u>Planfeststellungsverfahren</u>		
21	Vorbereitung Anhörungsverfahren Veränderungssperre	NK	
22	Beschlussverfahren Form, Begründung, Zustellung		
3	<u>Enteignung</u>		
31	Eigentumsgarantie, Eigentumsverpflichtung aus GG	NK	
32	Begriff und Wirkung der Enteignung Rechtsgrundlagen		
33	Vorzeitige Besitzeinweisung		

19. Straßenrecht (StR)

II. Hauptlehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- Zahl
34	Entschädigungsfeststellung		
35	Ausführungsanordnung Rechtsbehelfe		
36	Sofortige Vollziehbarkeit		
4	<u>Grunderwerb</u>		
41	Eigentumsverpflichtung, Bindung an Gemeinwohl, Entschädigungspflicht	NK	
42	Voraussetzungen für den Grunderwerb Rechtliche Voraussetzungen Haushaltmäßige Voraussetzungen		
43	Vorbereitung des Grunderwerbs Grunderwerbsverzeichnis Grundbucheinsicht, Anschriften, Erbnachweise		
44	Wertermittlung	GK	
5	<u>Betrieb der öffentlichen Straße</u>		
51	Schutz der öffentlichen Straße Schadensausgleich bei Straßenschäden	GK	
52	Ordnungswidrigkeiten		
53	Straßenverkehrssicherungspflicht Straßenreinigung Winterdienst Straßenbeleuchtung	NK NK	
54	Betriebs- und Hilfsdienste		
55	Sonderrechte der Straßenbaufahrzeuge		
56	Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen Anordnung durch Straßenverkehrsbehörden Kostentragung Haftung bei fehlenden oder fehlerhaften Verkehrszeichen und -einrichtungen	GK	

19. Straßenrecht (StR)

II. Hauptlehrgang

Kenn-ziffer	Lerninhalte	Kenntnis-art	Std.-Zahl
6	<u>Straßengebrauch</u>		
61	Gemeingebrauch Einzelne Gebrauchsarten Beschränkung der Ausübung	NK	
62	Sondernutzung Einzelne Sondernutzungsarten Zuständigkeiten und Verfahren		
63	Zufahrt und Zugang als Sondernutzung Rechtsgrundlagen Beseitigung widerrechtlicher Zufahrten Rechtsmittel und Rechtsbehelfe		
7	<u>Kreuzungsrecht</u>		
71	Kreuzungen zwischen öffentlichen Straßen und Gewässern Rechtsgrundlagen Bau und Änderung Erhaltung und Eigentumsabgrenzungen		
72	Kreuzungen zwischen öffentlichen Straßen und Eisenbahnen Rechtsgrundlagen Bau und Änderung Erhaltung und Eigentumsabgrenzungen		
	Gesamtstundenzahl		28

19. Straßenrecht (StR)

III. Abschlusslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- Zahl
1	<u>Planfeststellungsbeschluss</u>		
11	Wesentlicher Inhalt, Abweichungen zwischen Bundes- und Landesrecht	NK	
12	Feststellung		
13	Auflagen und Nebenbestimmungen		
14	Entscheidung über die Einwendungen Rechtswirkungen		
15	Planerische Gestaltungsfreiheit Ermessen, Ermessensbindung Bindung durch Zwangspunkte und vorbereitende Planungsstufen Rechtfertigungsgebot Externe Planungsleitsätze Abwägungsgebot, Auflagengebot, Gestaltungsgebot		
2	<u>Planfeststellungsverfahren</u>		
21	Nachbarschutz wegen unvorhersehbarer Wirkungen	NK	
22	Planänderungen vor Fertigstellung des Vorhabens		
23	Verlängerung und Aufhebung des Beschlusses		
24	Rechtsschutz Rechtsweg, Klagearten, Zulässigkeiten Fallbesprechungen, Wiederholungen		
3	<u>Finanzierung und Betrieb der Straße</u>		
31	Straßenbaufinanzierung	NK	
32	Straßenaufsicht	GK	
33	Sicherheit und Ordnung		
34	Nachbarschutzrecht Nachbarrechtliche Störungen, Pflanzungen, Abgrabungen		

Aufschüttungen		
----------------	--	--

19. Straßenrecht (StR)

III. Abschlusslehrgang

Kenn- ziffer	Lerninhalte	Kenntnis- art	Std.- Zahl
	Erschütterungen, Staub, Bau- und Verkehrslärm	NK	
35	Bodenbefunde	GK	
4	<u>Vorarbeiten zur Baurechtsbeschaffung</u>		
41	Vermessung	NK	
42	Baugrunduntersuchung Duldungspflicht		
43	Entschädigungsanspruch		
5	<u>Alternativen zum freihändigen Grunderwerb</u>		
51	Flurbereinigung	GK	
52	Umlegung Fallbesprechungen, Wiederholungen		
6	<u>Öffentlich-rechtliche Eigentumsbeschränkungen des Straßennachbarn</u>		
61	Bauverbotszonen Rechtsgrundlagen		
62	Baubeschränkungszone Rechtsgrundlagen		
63	Mitwirkung Straßenbaubehörde/Bauaufsichtsbehörde		
64	Ablauf des Verwaltungs-/Rechtsbehelfsverfahrens		
65	Sonstige Benutzungen Leitungen der öffentlichen Ver- und Entsorgung Rechtsgrundlagen Vertragsarten Folgepflicht und Folgekostenpflicht Fallbesprechung/Wiederholung		

	Gesamtstundenzahl	38
--	--------------------------	-----------

20. Wahlpflichtfach
Straßenrechtliche Handlungsformen in der Praxis
(nur für Anwärter des Landesbetriebes Mobilität)

Vorkenntnisse:	Grundlagenfächer, Straßenrecht
Verantwortlicher	Herr Witte, LBM
Dozentinnen/Dozenten	/
Lehrbeauftragte	Herr Witte, Herr Ganz, Herr Kaminski alle LBM
Kompetenzziele:	<p>Fachlich-inhaltliche und methodische Kompetenzen:</p> <p>Die Anwärterinnen und Anwärter</p> <ul style="list-style-type: none"> – kennen die einschlägigen straßenkreuzungsrechtlichen Bestimmungen – sind in der Lage den Kreuzungsbeteiligten die jeweiligen Kostenanteile zuzuordnen – können vertiefende Kenntnisse in der Planfeststellung anwenden – lernen sich auf Außentermine sachgerecht vorzubereiten
Lerninhalte:	<ul style="list-style-type: none"> – Kreuzungen und Einmündungen öffentlicher Straßen <ul style="list-style-type: none"> - Rechtsgrundlagen - Bau- und Änderung - Unterhaltung - Aufteilung der kreuzungsbedingten Kosten - Abgrenzung Unterhaltungsgrenzen zu Eigentumsgrenzen - praktische Fälle – Vertiefende Kenntnisse der Planfeststellung und Verfahrenspraxis <ul style="list-style-type: none"> - Bauleitplanung und deren Verhältnis zur überörtlichen Straßenplanung - Rechtsschutz

	<ul style="list-style-type: none"> - vorläufiger Rechtsschutz (aufschiebende Wirkung, sofortige Vollziehung, einstweilige Anordnung) - fachplanerische Auflagengebote - Umwelt- und Naturschutz, Wasserwirtschaft - Vorbereitung von Erörterungs- und Abstimmungsterminen - praktische Fälle <p>– Grunderwerb und praktische Anwendungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Straßenbaufinanzierung - Nachbarrecht - Staatshaftung - Optimierungsgebot im Lärmschutz - Straßenverkehrssicherungspflicht - GE-Office-Anwendungen Projektbearbeitung anhand eines Musterprojektes, Liegenschaftsverwaltung - Vorbereitung eines Außentermins zum Zweck von Grunderwerbsverhandlungen oder Sachvorträgen vor Enteignungsbehörden - praktische Fälle
Art der Lehrveranstaltung	<ul style="list-style-type: none"> – Lehrgespräch mit mediengestützter Präsentation – praktische Übungen – Gruppenarbeit – Rollenspiele – Präsentation